

BR/GT I/9 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 1. August 1969
BR/GT I/9/69

Sekretariat

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

Artikel 54 bis 113

in synoptischer Darstellung mit

den Vorentwürfen der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" in den Fassungen von 1962 und 1965 sowie

dem von den Staaten der Europäischen Freihandels-Assoziation ausgearbeiteten Entwurf eines
offenen europäischen Patentabkommens

Die Regierungskonferenz über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens hat auf ihrer Sitzung vom 21. Mai 1969 eine erste Arbeitsgruppe zum Studium der patentrechtlichen Fragen eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe hat auf ihrer konstituierenden Sitzung vom selben Tag ihren Vorsitzenden beauftragt, zur Vorbereitung der Sitzungen dieser Arbeitsgruppe Vorschläge für das geplante Abkommen auszuarbeiten (Sitzungsbericht BR/GT I/1/69 vom 23. Mai 1969, S. 2).

Mit einer ersten Arbeitsunterlage vom 2. Juni 1969 (BR/GT I/2/69) wurden Vorschläge für die Artikel 1 bis 41 vorgelegt.

Die Artikel 42 bis 53, die die Finanzvorschriften enthalten, sind in der 1. Sitzung der Arbeitsgruppe am 8. Juli 1969 zurückgestellt worden und sollten einer besonderen Arbeitsgruppe überwiesen werden.

In der vorliegenden Arbeitsunterlage folgen Vorschläge für die Artikel 54 bis 113. Die Vorschläge gehen davon aus, daß der von den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1960/1965 ausgearbeitete Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht soweit als möglich übernommen werden soll. Änderungen werden nur insoweit vorgeschlagen, als die neue Zielsetzung des geplanten Abkommens oder der Entwurf eines Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet

des Patentwesens (PCT) Abweichungen erforderlich erscheinen lassen. Der von den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandels-Assoziation 1965/1967 ausgearbeitete Entwurf eines offenen europäischen Patentabkommens ist berücksichtigt worden.

Zum besseren Verständnis der vorgeschlagenen Änderungen und zur Erleichterung der Erörterungen sind dem Vorschlag Texte des veröffentlichten Brüsseler Vorentwurfs von 1962, des EFTA-Entwurfs, der sich an diesen Vorentwurf von 1962 anlehnt, und des Brüsseler Vorentwurfs von 1965 synoptisch gegenübergestellt.

Die nachfolgenden Vorschläge zu den Artikeln 54 bis 113, die sich mit den Organen im Verfahren, der europäischen Patentanmeldung sowie dem Prüfungs- und Beschwerdeverfahren befassen, gehen entsprechend dem Memorandum vom 17. März 1969 von folgenden Grundsätzen aus:

1. Das Prüfungsverfahren ist entsprechend den Ausführungen im Memorandum (II 2 b und 2 c dd) als Verfahren der aufgeschobenen Prüfung ausgestaltet und dem Prüfungsverfahren dadurch angenähert worden, daß die Prüfung schon bei der Anmeldung beantragt werden kann (Artikel 88).

2. Die Benennung der Vertragsstaaten, für die der Anmelder Schutz begehrt, hat bei der Anmeldung zu erfolgen (Memorandum II 2 c aa). Die entsprechende Vorschrift (Artikel 68a) wurde in Anlehnung an den PCT-Entwurf ausgearbeitet. Ferner ist vorgesehen, daß Vertragsstaaten, die das europäische Patent als einheitliches Patent für ihre Hoheitsgebiete ausgestalten wollen - gedacht ist hierbei an die EWG-Staaten - vorschreiben können, daß ihre Benennung nur gemeinsam erfolgen kann.
3. Die Vorschläge gehen entsprechend dem Memorandum (II 2 c bb) davon aus, daß für jede europäische Patentanmeldung ein Bericht über den Stand der Technik beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag eingeholt wird (Artikel 78).
4. Da das vorläufige europäische Patent entfällt, soll entsprechend dem Memorandum (II 2 c cc) eine Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung 18 Monate nach dem Prioritätszeitpunkt zusammen mit dem Bericht über den Stand der Technik erfolgen (Artikel 86a). Vom Tage der Veröffentlichung an soll der Anmelder für die veröffentlichte Patentanmeldung einen einstweiligen Schutz genießen. Für die nähere Ausgestaltung dieses einstweiligen Schutzes sind in der ersten Arbeitsunterlage zu Artikel 20 ^{bis} drei Möglichkeiten vorgeschlagen worden.

5. Beabsichtigt das Europäische Patentamt nach Prüfung der Anmeldung, das europäische Patent zu erteilen, so erfolgt eine Bekanntmachung der Patentansprüche, die es für gewährbar hält (Artikel 96). Dadurch soll Dritten entsprechend dem Memorandum (II 2 c ee) die Möglichkeit zum Einspruch gegeben werden (Artikel 96a). Wegen des Schutzes der europäischen Patentanmeldung ab Bekanntmachung der Patentansprüche wird auf die in der ersten Arbeitsunterlage zu Artikel 20^{ter} enthaltenen Vorschläge Bezug genommen.

6. Im Memorandum (II 6 a) ist vorgesehen, daß das Europäische Patentamt zweistufig aufgebaut sein und die erste Stufe aus Prüfungsstellen und Prüfungsabteilungen bestehen soll. Im Memorandum ist nichts darüber enthalten, für welche Phase des Prüfungsverfahrens die Prüfungsstelle und für welche Phase die Prüfungsabteilung zuständig sein soll.

Der Vorentwurf von 1962 sah vor, daß bis zur Erteilung des vorläufigen europäischen Patents die Prüfungsstelle zuständig war. Von der Stellung des Antrags auf Prüfung des vorläufigen europäischen Patents an sollte das Verfahren auf die mit drei Prüfern besetzte Prüfungsabteilung übergehen. Nach dem Vorentwurf von 1962 war die Prüfungsstelle nur für die Prüfung auf formelle und offensichtliche Mängel zuständig, während die eigentliche

Neuheitsprüfung von der Prüfungsabteilung durchgeführt werden sollte. Durch den Vorentwurf von 1965 wurde das Einspruchsverfahren eingeführt, das ebenfalls von der Prüfungsabteilung durchgeführt werden sollte. Es stellt sich die Frage, ob dieses Verfahren nicht zu arbeitsaufwendig und kostspielig ist. Daher wird angeregt zu prüfen, ob die Prüfungsstelle nicht für das Verfahren bis zur Bekanntmachung der Patentansprüche zuständig gemacht werden sollte und die Zuständigkeit der Prüfungsabteilung mit drei Prüfern nur dem Einspruchsverfahren vorbehalten bleiben sollte.

Im Vorschlag des Vorsitzenden ist zunächst noch die bisherige Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Prüfungsstelle und Prüfungsabteilung beibehalten.

7. Im Memorandum (II 6 c) wurde die Frage aufgeworfen, ob die Schaffung eines Gerichtshofs unbedingt erforderlich wäre, oder ob sich die Streitfälle, die durch die Anwendung des Abkommens entstehen könnten, nicht durch andere Rechtsmittel beilegen ließen. Ferner ist ausgeführt (II 6a), daß die zweite Stufe des Europäischen Patentamts, die aus den Beschwerdekammern besteht, gerichtsähnlich ausgestaltet sein soll.

Daran anknüpfend wurde eine Lösung versucht, die einen Rechtsmittelzug über das Europäische Patentamt hinaus entbehrlich machen könnte. Neben der gerichtsähnlichen Ausgestaltung der Beschwerdekammern (Artikel 58b) wird ein zusätzlicher Spruchkörper, die Große Beschwerdekammer (Artikel 54 Buchstabe f, 58a und 112a), vorgeschlagen. Die Große Beschwerdekammer hätte die Rechtsprechung der Beschwerdekammern zu koordinieren und könnte einen Teil der Funktionen übernehmen, die früher dem Europäischen Patentgericht zgedacht waren.

8. Die Überarbeitung des Vorentwurfs von 1965 hat gezeigt, daß ein Teil der in ihm enthaltenen Vorschriften in die im Memorandum (II 7) vorgesehene Ausführungsordnung übernommen werden könnte. Die betreffenden Vorschriften wurden jedoch zunächst vom Vorsitzenden in seine Vorschläge mit aufgenommen. Es wird lediglich in den Bemerkungen darauf hingewiesen, daß die betreffende Vorschrift in die Ausführungsordnung übernommen werden könnte.

ERLÄUTERUNGEN

Vorentwurf von 1962

bedeutet: Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht, ausgearbeitet von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" und veröffentlicht im Jahre 1962.

EFTA-Entwurf

bedeutet: EUROPEAN FREE TRADE ASSOCIATION - Draft of an open European Patent Convention forming the first Convention in the two-part scheme - Annex III zum Arbeitsdokument EFTA 4/67 vom 19. Januar 1967. Diesem Entwurf lag der Vorentwurf von 1962 zugrunde.

Vorentwurf von 1965

bedeutet: Vorentwurf von 1962 unter Berücksichtigung der im Arbeitsdokument 2335/IV/65-D der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" vom 22. Januar 1965 enthaltenen Änderungen.

Die Überschriften auf den linken Seiten

sind dem Vorentwurf von 1965 entnommen.

+ in den Spalten "EFTA-Entwurf" und
"Vorschlag des Vorsitzenden"

bedeutet, daß der Text der nebenstehenden linken Spalte unverändert übernommen worden ist, und zwar der Text des Vorentwurfs von 1962 in den EFTA-Entwurf beziehungsweise der Text des Vorentwurfs von 1965 in den Vorschlag des Vorsitzenden. Im Vorschlag entfällt jedoch die eckige Klammer bei den Wörtern "Verwaltungsrat" und "beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag".

* vor einzelnen Absätzen des "Vorentwurfs von 1965"

bedeutet, daß der Vorentwurf von 1965 gegenüber dem Vorentwurf von 1962 unverändert ist. Dieses Zeichen wurde auch bei solchen Absätzen gesetzt, die nur im französischen Text, hingegen aus stilistischen Gründen nicht im deutschen Text gegenüber dem Vorentwurf von 1962 unverändert geblieben sind.

--- unter dem Text in der Spalte "Vorentwurf von 1965"

bedeutet, daß der so gekennzeichnete Text in der Spalte "Vorschlag des Vorsitzenden" entfällt.

— unter dem Text in der Spalte "Vorschlag des Vorsitzenden"

bedeutet, daß der so gekennzeichnete Text gegenüber dem Vorentwurf von 1965 neu aufgenommen worden ist. Völlig neue Absätze sind jedoch nicht unterstrichen.

KAPITEL III
GLIEDERUNG DER ORGANE IM VERFAHREN

Artikel 54
Organe im Verfahren

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Im Europäischen Patentamt werden gebildet:	+	Im Europäischen Patentamt werden folgende Organe gebildet, denen die Durchführung der in diesem Abkommen vorgeschriebenen Verfahren obliegt:
a) Prüfungsstellen;	a) +	a) Prüfungsstellen;
b) Prüfungsabteilungen;	b) +	b) Prüfungsabteilungen;
c) Patentverwaltungsabteilungen;	c) +	c) Patentverwaltungsabteilungen;
d) Beschwerdekammern;	d) +	d) Beschwerdekammern;
e) Nichtigkeitskammern.	e) - entfällt -	e) Nichtigkeitskammern.

GLIEDERUNG DER ORGANE IM VERFAHREN

Artikel 54

Organe im Verfahren

Vorschlag des Vorsitzenden

- +
a) +
b) +
c) - entfällt -
d) +
e) - entfällt -
f) eine Große Beschwerdekammer

Bemerkung:

Buchstabe c betreffend die Patentverwaltungsabteilungen wie auch der dazugehörige Art. 57 entfallen, weil die Vorschläge des Vorsitzenden davon ausgehen, daß die erteilten europäischen Patente von den nationalen Patentämtern der Vertragsstaaten verwaltet werden.

Buchstabe e betreffend die Nichtigkeitskammern und der dazugehörige Art. 59 entfallen, weil die Vernichtung der erteilten europäischen Patente für das Hoheitsgebiet eines jeden Vertragsstaats den betreffenden nationalen Stellen überlassen bleiben sollte.

Der in Art. 8 a genannten Gruppe von Vertragsstaaten sollte es gemäß Art. 31 a vorbehalten bleiben, im Europäischen Patentamt eine Patentverwaltungsabteilung und Nichtigkeitskammern für das einheitliche europäische Patent zu bilden.

Buchstabe f betreffend die Große Beschwerdekammer ist neu eingefügt worden. Siehe hierzu die Vorbemerkung Nr. 7 sowie die Artikel 58a und 112 a.

Artikel 55

Prüfungsstellen

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Prüfungsstellen sind zuständig für die Prüfung europäischer Patentanmeldungen und für die Entscheidung über die Erteilung vorläufiger europäischer Patente.</p>	<p>(1) Die Prüfungsstellen sind zuständig für die Prüfung europäischer Patentanmeldungen und für die Entscheidung über die Erteilung europäischer Patente.</p>	<p>(1) Die Prüfungsstellen sind unbeschadet weiterer besonderer Zuständigkeiten, die ihnen gemäß den Vorschriften dieses Abkommens übertragen sind, für die Prüfung europäischer Patentanmeldungen und für die Entscheidung über die Erteilung <u>vorläufiger</u> europäischer Patente zuständig.</p>
<p>(2) Die Prüfungsstellen bestehen aus technisch vorgebildeten Prüfern.</p>	<p>(2) +</p>	<p>(2) * Die Prüfungsstellen bestehen aus technisch vorgebildeten Prüfern.</p>
<p>(3) Die Entscheidungen der Prüfungsstelle ergehen in ihrem Namen in der Besetzung mit einem Prüfer.</p>	<p>(3) +</p>	<p>(3) * Die Entscheidungen der Prüfungsstelle ergehen in ihrem Namen in der Besetzung mit einem Prüfer.</p>
<p>(4) Die Prüfer der Prüfungsstellen dürfen nicht den Beschwerdekammern oder Nichtigkeitskammern angehören.</p>	<p>(4) Die Prüfer der Prüfungsstellen dürfen nicht den Beschwerdekammern angehören.</p>	<p>(4) * Die Prüfer der Prüfungsstellen dürfen nicht den Beschwerdekammern <u>oder Nichtigkeitskammern</u> angehören.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die Prüfungsstellen sind unbeschadet weiterer besonderer Zuständigkeiten, die ihnen gemäß den Vorschriften dieses Abkommens übertragen sind, für die Prüfung europäischer Patentanmeldungen und für die Entscheidung über die Erteilung europäischer Patente zuständig, sofern nicht die Prüfungsabteilungen zuständig sind.

(2) +

(3) +

(4) Die Prüfer der Prüfungsstellen dürfen nicht den Beschwerdekammern angehören.

Bemerkung:

Über die Zuständigkeitsabgrenzung von Prüfungsstelle und Prüfungsabteilung siehe die Vorbemerkung Nr. 6 und die Bemerkung zu Art. 56.

Artikel 56

Prüfungsabteilungen

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Prüfungsabteilungen sind zuständig für die Prüfung des vorläufigen europäischen Patents und für die Entscheidung über seine Bestätigung als endgültiges europäisches Patent.</p> <p>(2) Für die Entscheidung setzen sich die Prüfungsabteilungen aus drei technisch vorgebildeten Prüfern einschliesslich eines Prüfers der Prüfungsstelle zusammen, die über die Erteilung des vorläufigen europäischen Patents entschieden hat. Erfordert es die Art der Entscheidung, so wird die Prüfungsabteilung durch einen rechtskundigen Prüfer ergänzt. Im Fall der Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden der Prüfungsabteilung den Ausschlag.</p>	<p>(1) Die Prüfungsabteilungen sind zuständig für die Prüfung und Bestätigung europäischer Patente und für die Erteilung der endgültigen Patente.</p> <p>(2) Für die Entscheidung setzen sich die Prüfungsabteilungen aus drei technisch vorgebildeten Prüfern einschliesslich eines Prüfers der Prüfungsstelle zusammen, die über die Erteilung des europäischen Patents entschieden hat. Erfordert es die Art der Entscheidung so wird die Prüfungsabteilung durch einen rechtskundigen Prüfer ergänzt. Im Fall der Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden der Prüfungsabteilung den Ausschlag.</p>	<p>(1) * Die Prüfungsabteilungen sind zuständig für die Prüfung <u>des vorläufigen europäischen Patents</u> und für die Entscheidung <u>über seine Bestätigung als endgültiges europäisches Patent</u>.</p> <p>(2) Für Entscheidungen, gegen die die Beschwerde stattfindet, setzen sich die Prüfungsabteilungen aus drei technisch vorgebildeten Prüfern einschliesslich eines Prüfers der Prüfungsstelle zusammen, die über die <u>Erteilung des vorläufigen europäischen Patents</u> entschieden hat. Erfordert es die Art der Entscheidung, so wird die Prüfungsabteilung durch einen rechtskundigen Prüfer ergänzt. Im Fall der Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden der Prüfungsabteilung den Ausschlag.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die Prüfungsabteilungen sind zuständig für die Prüfung europäischer Patentanmeldungen und für die Entscheidung über die Erteilung europäischer Patente, wenn gemäß Artikel 88 ein Antrag auf Prüfung gestellt ist, jedoch nicht vor Eingang des Berichts über den Stand der Technik beim Europäischen Patentamt.

(2) Für Entscheidungen, gegen die die Beschwerde stattfindet, setzen sich die Prüfungsabteilungen aus drei technisch vorgebildeten Prüfern einschließlich eines Prüfers der Prüfungsstelle zusammen, die über die Bekanntmachung der Patentansprüche entschieden hat. Erfordert es die Art der Entscheidung, so wird die Prüfungsabteilung durch einen rechtskundigen Prüfer ergänzt. Im Fall der Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden der Prüfungsabteilung den Ausschlag.

Bemerkung:

In der Vorbemerkung Nr. 6 wurde bereits darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Frage stellt, ob nicht zweckmäßigerweise die Prüfungsstelle das Prüfungsverfahren bis zur Bekanntmachung der Patentansprüche gemäß Art. 96a durchführen sollte. Falls die Arbeitsgruppe zu dieser Auffassung gelangt, wäre in Art. 56 Abs. 1 als Abgrenzungskriterium für den Übergang des Verfahrens auf die Prüfungsabteilung die Einlegung eines Einspruchs gemäß Art. 96a zu wählen. Da sich der Vorschlag des Vorsitzenden zunächst im Rahmen der bisherigen Zuständigkeitsabgrenzung hält, wurde als Kriterium für den Übergang des Verfahrens auf die Prüfungsabteilung die Stellung eines Antrags auf Prüfung mit der Maßgabe gewählt, daß das Verfahren jedoch nicht vor Eingang des Berichts über den Stand der Technik übergeht. Siehe auch Art. 89 und die Bemerkung dazu.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
(3) Die Prüfer der Prüfungsabteilungen dürfen nicht den Beschwerdekammern oder Nichtigkeitskammern angehören.	(3) Die Prüfer der Prüfungsabteilung dürfen nicht den Beschwerdekammern angehören.	(3) * Die Prüfer der Prüfungsabteilungen dürfen nicht den Beschwerdekammern <u>oder Nichtigkeitskammern</u> angehören.

Vorschlag des Vorsitzenden

(3) Die Prüfer der Prüfungsabteilungen dürfen nicht den Beschwerdekammern angehören.

Artikel 57

Patentverwaltungsabteilungen

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Patentverwaltungsabteilungen sind zuständig für alle Angelegenheiten des Europäischen Patentamts, die das veröffentlichte europäische Patent betreffen, soweit nicht die Zuständigkeit anderer Stellen des Europäischen Patentamts begründet ist.</p> <p>(2) Die Patentverwaltungsabteilungen setzen sich aus rechtskundigen Mitgliedern zusammen.</p> <p>(3) Die Entscheidungen der Patentverwaltungsabteilung ergehen in ihrem Namen in der Besetzung mit einem Mitglied.</p> <p>(4) Die Mitglieder der Patentverwaltungsabteilungen dürfen nicht den Beschwerdekammern oder Nichtigkeitskammern angehören.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p> <p>(4) Die Mitglieder der Patentverwaltungsabteilungen dürfen nicht den Beschwerdekammern angehören.</p>	<p>(1) * Die Patentverwaltungsabteilungen sind zuständig für alle Angelegenheiten des Europäischen Patentamts, die das veröffentlichte europäische Patent betreffen, soweit nicht die Zuständigkeit anderer Stellen des Europäischen Patentamts begründet ist.</p> <p>(2) * Die Patentverwaltungsabteilungen setzen sich aus rechtskundigen Mitgliedern zusammen.</p> <p>(3) * Die Entscheidungen der Patentverwaltungsabteilung ergehen in ihrem Namen in der Besetzung mit einem Mitglied.</p> <p>(4) * Die Mitglieder der Patentverwaltungsabteilungen dürfen nicht den Beschwerdekammern oder Nichtigkeitskammern angehören.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt; vgl. Art.54 Buchstabe c
und die Bemerkung dazu -

Artikel 58

Beschwerdekammern

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Beschwerdekammern sind für die Entscheidung über Beschwerden gegen die Entscheidungen der Prüfungsstellen, Prüfungsabteilungen und Patentverwaltungsabteilungen zuständig.</p> <p>(2) Für die Entscheidung setzen sich die Beschwerdekammern aus <u>drei-vier-fünf</u> Mitgliedern zusammen. Die Beschwerdekammern bestehen aus rechtskundigen und technisch vorgebildeten Mitgliedern.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) * Die Beschwerdekammern sind für die Entscheidung über Beschwerden gegen die Entscheidungen der Prüfungsstellen, Prüfungsabteilungen und <u>Patentverwaltungsabteilungen</u> zuständig.</p> <p>(2) <u>Erste Fassung:</u></p> <p>Für die Entscheidung setzen sich die Beschwerdekammern aus drei, vier oder fünf Mitgliedern zusammen. Bei Beschwerden gegen eine Entscheidung über die Zurückweisung einer europäischen Patentanmeldung oder <u>eine Entscheidung über die Teilung, die Betätigung oder die Aufhebung eines vorläufigen europäischen Patents</u> entscheiden die Beschwerdekammern in der Besetzung mit drei technisch vorgebildeten Mitgliedern und einem rechtskundigen Mitglied und, falls sie es mit Rücksicht auf eine schwierige oder bedeutsame Rechtsfrage für zweckmäßig halten, in der Besetzung mit drei technisch vorgebildeten Mitgliedern und zwei rechtskundigen Mitgliedern. Im übrigen entscheiden sie in der Besetzung mit drei rechtskundigen Mitgliedern. Ist eine Beschwerdekammer mit vier Mitgliedern besetzt, so gibt bei Stimmengleichheit die</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die Beschwerdekammern sind für die Entscheidung über Beschwerden gegen die Entscheidungen der Prüfungsstellen und Prüfungsabteilungen zuständig.

(2) Erste Fassung:

Für die Entscheidung setzen sich die Beschwerdekammern aus drei, vier oder fünf Mitgliedern zusammen. Bei Beschwerden gegen eine Entscheidung über die Zurückweisung oder über die Teilung einer europäischen Patentanmeldung oder die Erteilung eines europäischen Patents entscheiden die Beschwerdekammern in der Besetzung mit drei technisch vorgebildeten Mitgliedern und einem rechtskundigen Mitglied und, falls sie es mit Rücksicht auf eine schwierige oder bedeutsame Rechtsfrage für zweckmäßig halten, in der Besetzung mit drei technisch vorgebildeten Mitgliedern und zwei rechtskundigen Mitgliedern. Im übrigen entscheiden sie in der Besetzung mit drei rechtskundigen Mitgliedern. Ist eine Beschwerdekammer mit vier Mitgliedern besetzt, so gibt bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
		<p data-bbox="1440 320 2015 386">Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.</p> <p data-bbox="1583 406 1860 437"><u>Zweite Fassung:</u></p> <p data-bbox="1440 455 2032 1444">Für die Entscheidung setzen sich die Beschwerdekammern aus drei oder fünf Mitgliedern zusammen. Bei Beschwerden gegen eine Entscheidung über die Zurückweisung einer europäischen Patentanmeldung oder <u>eine Entscheidung über die Teilung, die Bestätigung oder die Aufhebung eines vorläufigen europäischen Patents</u> entscheiden die Beschwerdekammern in der Besetzung mit zwei technisch vorgebildeten Mitgliedern und einem rechtskundigen Mitglied mit Unterstützung eines technisch vorgebildeten Mitglieds als Berichterstatter, das nicht an der Entscheidung teilnimmt, und, falls sie es mit Rücksicht auf eine schwierige oder bedeutsame Rechtsfrage für zweckmäßig halten, in der Besetzung mit drei technisch vorgebildeten Mitgliedern einschließlich des Berichterstatters und zwei rechtskundigen Mitgliedern. Im übrigen entscheiden die Beschwerdekammern in der Besetzung mit drei rechtskundigen Mitgliedern.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

Zweite Fassung:

Für die Entscheidung setzen sich die Beschwerdekammern aus drei oder fünf Mitgliedern zusammen. Bei Beschwerden gegen eine Entscheidung über die Zurückweisung oder über die Teilung einer europäischen Patentanmeldung oder die Erteilung eines europäischen Patents entscheiden die Beschwerdekammern in der Besetzung mit zwei technisch vorgebildeten Mitgliedern und einem rechtskundigen Mitglied mit Unterstützung eines technisch vorgebildeten Mitglieds als Berichterstatter, das nicht an der Entscheidung teilnimmt, und, falls sie es mit Rücksicht auf eine schwierige oder bedeutsame Rechtsfrage für zweckmäßig halten, in der Besetzung mit drei technisch vorgebildeten Mitgliedern einschließlich des Berichterstatters und zwei rechtskundigen Mitgliedern. Im übrigen entscheiden die Beschwerdekammern in der Besetzung mit drei rechtskundigen Mitgliedern.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(3) Die Mitglieder der Beschwerdekammern dürfen nicht den Prüfungsstellen, Prüfungsabteilungen oder Patentverwaltungsabteilungen angehören.</p> <p>(4) Die Mitglieder der Beschwerdekammern sind für ihre Entscheidungen an Weisungen nicht gebunden. Sie sind nur den Bestimmungen dieses Abkommens und den zu seiner Ausführung erlassenen Vorschriften unterworfen.</p>	<p>(3) +</p> <p>(4) +</p>	<p>(3) * Die Mitglieder der Beschwerdekammern dürfen nicht den Prüfungsstellen, Prüfungsabteilungen oder Patentverwaltungsabteilungen angehören.</p> <p>(4) * Die Mitglieder der Beschwerdekammern sind für ihre Entscheidungen an Weisungen nicht gebunden. Sie sind nur den Vorschriften dieses Abkommens und den zu seiner Ausführung erlassenen Vorschriften unterworfen.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(3) - übernommen in den neuen Art. 58b
Abs. 2 -

Bemerkung:

Die Absätze 3 und 4 wurden in den neuen Art. 58 b Absätze 2 und 3 übernommen, da sie Fragen der Unabhängigkeit der Mitglieder der Beschwerdekammern betreffen, die nun in gleicher Weise auch für die Mitglieder der Großen Beschwerdekammer gelten sollten.

(4) - übernommen in den neuen Art. 58b
Abs. 3 -

Große Beschwerdekammer

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die Große Beschwerdekammer ist für die Entscheidung über Rechtsfragen zuständig, die ihr von den Beschwerdekammern vorgelegt werden.

(2) Für die Entscheidung setzt sich die Große Beschwerdekammer aus sieben Mitgliedern zusammen, von denen fünf rechtskundige Mitglieder und zwei technisch vorgebildete Mitglieder sind.

Bemerkung:

Über die Große Beschwerdekammer siehe die Ausführungen in der Vorbemerkung Nr. 7 und die Bemerkung zu Art. 112

Unabhängigkeit der Mitglieder der Kammern

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die Mitglieder der Großen Beschwerdekammer und der Beschwerdekammern werden für einen Zeitraum von 5 Jahren ernannt und können während dieses Zeitraums ihrer Funktion nicht enthoben werden.

(2) Die Mitglieder der Kammern dürfen den Prüfungsstellen oder Prüfungsabteilungen nicht angehören.

(3) Die Mitglieder der Kammern sind für ihre Entscheidungen an Weisungen nicht gebunden. Sie sind nur den Vorschriften dieses Abkommens und den zu seiner Ausführung erlassenen Vorschriften unterworfen.

Bemerkung:

In Abs. 1 ist entsprechend dem Memorandum (II 6a) eine zeitweilige Unabsetzbarkeit der Kammermitglieder vorgeschlagen worden. Dadurch soll der gerichtsähnliche Charakter der zweiten Stufe des Europäischen Patentamts stärker hervorgehoben werden.

In den Absätzen 2 und 3 wurden bereits in den Vorentwürfen 1962 und 1965 vorhandene Vorschriften (Art. 58 Abs. 3 und 4) hinzugezogen, die ebenfalls die Unabhängigkeit der Kammermitglieder betreffen.

Nichtigkeitskammern

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Nichtigkeitskammern sind für die Entscheidung über Anträge auf Erklärung der Nichtigkeit endgültiger europäischer Patente zuständig. Sie entscheiden ferner über Anträge auf Erteilung von Zwangslizenzen an europäischen Patenten und über Anträge gemäß den Artikeln 181 und 182.</p> <p>(2) Für die Entscheidung setzen sich die Nichtigkeitskammern aus fünf Mitgliedern zusammen. Die Nichtigkeitskammern bestehen aus zwei rechtskundigen und drei technisch vorgebildeten Mitgliedern.</p> <p>(3) Die Mitglieder der Nichtigkeitskammern dürfen nicht den Prüfungsstellen, Prüfungsabteilungen oder Patentverwaltungsabteilungen angehören.</p> <p>(4) Die Mitglieder der Nichtigkeitskammern sind für ihre Entscheidungen an Weisungen nicht gebunden. Sie sind nur den Bestimmungen dieses Abkommens und den zu seiner Ausführung erlassenen Vorschriften unterworfen.</p>	<p>- entfällt -</p>	<p>(1) Die Nichtigkeitskammern sind für die Entscheidung über Anträge auf Erklärung der Nichtigkeit endgültiger europäischer Patente zuständig. Sie entscheiden ferner über Anträge auf Erteilung von Zwangslizenzen an europäischen Patenten und über Anträge gemäß Artikel 181.</p> <p>(2) Für die Entscheidung setzen sich die Nichtigkeitskammern aus zwei rechtskundigen Mitgliedern, von denen eines den Vorsitz übernimmt, und drei technisch vorgebildeten Mitgliedern zusammen.</p> <p>(3) * Die Mitglieder der Nichtigkeitskammern dürfen nicht den Prüfungsstellen, Prüfungsabteilungen oder Patentverwaltungsabteilungen angehören.</p> <p>(4) *Die Mitglieder der Nichtigkeitskammern sind für ihre Entscheidungen an Weisungen nicht gebunden. Sie sind nur den Vorschriften dieses Abkommens und den zu seiner Ausführung erlassenen Vorschriften unterworfen.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt; vgl. Art. 54 Buchstabe e
und die Bemerkung dazu -

KAPITEL IV

REGISTER, VERÖFFENTLICHUNGEN UND KLASSIFIKATION

Artikel 60

Europäisches Patentregister

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Das Europäische Patentamt führt ein Patentregister mit der Bezeichnung "europäisches Patentregister", in dem alle Angaben vermerkt werden, deren Eintragung in diesem Abkommen oder in der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben ist.</p> <p>(2) Jedermann kann in das europäische Patentregister Einsicht nehmen. Auf Antrag werden Auszüge aus dem europäischen Patentregister nach Entrichtung der in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebenen Gebühr erteilt.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Das Europäische Patentamt führt ein Patentregister mit der Bezeichnung "europäisches Patentregister", in dem alle Angaben vermerkt werden, deren Eintragung in diesem Abkommen vorgeschrieben ist.</p> <p>(2) * Jedermann kann in das europäische Patentregister Einsicht nehmen. Auf Antrag werden Auszüge aus dem europäischen Patentregister nach Entrichtung der in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebenen Gebühr erteilt.</p>

KAPITEL IV
REGISTER, VERÖFFENTLICHUNGEN UND KLASSIFIKATION
Artikel 60
Europäisches Patentregister

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

(2) +

Veröffentlichungen des Europäischen Patentamts

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Das Europäische Patentamt gibt neben den in den Artikeln 85 und 103 vorgesehenen Veröffentlichungen regelmäßig heraus:</p> <p>a) ein Europäisches Patentblatt, das die Eintragungen in das europäische Patentregister wiedergibt sowie sonstige Angaben über das europäische Patent enthält, deren Veröffentlichung in diesem Abkommen oder in der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben ist;</p> <p>b) ein Amtsblatt des Europäischen Patentamts, das allgemeine Bekanntmachungen und Mitteilungen des Präsidenten des Europäischen Patentamts sowie sonstige das europäische Patentrecht betreffende Veröffentlichungen enthält.</p>	<p>+</p> <p>a) +</p> <p>b) +</p>	<p>* Das Europäische Patentamt gibt neben den in den Artikeln 85 und 103 vorgesehenen Veröffentlichungen regelmäßig heraus:</p> <p>a) ein Europäisches Patentblatt, das die Eintragungen in das europäische Patentregister wiedergibt sowie sonstige Angaben über das europäische Patent enthält, deren Veröffentlichung in diesem Abkommen vorgeschrieben ist, wobei die Eintragungen, die sich auf die europäische Patentanmeldung beziehen, erst mit der <u>Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents</u> oder gegebenenfalls mit der <u>Ge-währung der in Artikel 86a vorgesehenen Akteneinsicht</u> veröffentlicht werden;</p> <p>b)*ein Amtsblatt des Europäischen Patentamts, das allgemeine Bekanntmachungen und Mitteilungen des Präsidenten des Europäischen Patentamts sowie sonstige das europäische Patentrecht betreffende Veröffentlichungen enthält.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

Das Europäische Patentamt gibt
neben den in den Artikeln 86a und
103 vorgesehenen Veröffentlichungen
regelmäßig heraus:

- a) ein Europäisches Patentblatt, das die Eintragungen
in das europäische Patentregister wiedergibt so-
wie sonstige Angaben über das europäische Patent
enthält, deren Veröffentlichung in diesem Abkom-
men vorgeschrieben ist, wobei die Eintragungen,
die sich auf die europäische Patentanmeldung
beziehen, erst mit der Veröffentlichung gemäß
Artikel 86a veröffentlicht werden;

b) +

Artikel 62

Patentklassifikation für das Europäische Patentamt

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Die Patentklassifikation, die vom Europäischen Patentamt benutzt wird, ist die in Artikel 1 der Europäischen Übereinkunft über die Internationale Patentklassifikation vom 19. Dezember 1954 vorgesehene "Internationale Klassifikation".	+	* Die Patentklassifikation, die vom Europäischen Patentamt benutzt wird, ist die in Artikel 1 der Europäischen Übereinkunft über die Internationale Patentklassifikation vom 19. Dezember 1954 vorgesehene "Internationale Klassifikation".

Vorschlag des Vorsitzenden

+

KAPITEL V

BEZIEHUNGEN MIT DEN NATIONALEN BEHÖRDEN

Artikel 63

Austausch von Veröffentlichungen

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Das Europäische Patentamt übermittelt den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten auf deren Wunsch kostenlos für ihre eigenen Zwecke ein oder mehrere Exemplare der in Artikel 61 aufgeführten Veröffentlichungen des Europäischen Patentamts.</p>	(1) +	<p>(1) Das Europäische Patentamt übermittelt den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten auf deren Wunsch kostenlos für ihre eigenen Zwecke ein oder mehrere Exemplare der in den Artikeln 61, 85 und 103 vorgesehenen Veröffentlichungen.</p>
<p>(2) Die nationalen Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten übermitteln dem Europäischen Patentamt auf dessen Wunsch kostenlos für seine eigenen Zwecke ein oder mehrere Exemplare der veröffentlichten nationalen Patentanmeldungen und der Patentschriften sowie der Veröffentlichungen, die den in Artikel 61 Buchstabe a) und b) aufgeführten Veröffentlichungen des Europäischen Patentamts entsprechen.</p>	(2) +	<p>(2)*Die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten übermitteln dem Europäischen Patentamt auf dessen Wunsch kostenlos für seine eigenen Zwecke ein oder mehrere Exemplare der veröffentlichten nationalen Patentanmeldungen und der Patentschriften sowie der Veröffentlichungen, die den in Artikel 61 Buchstaben a) und b) aufgeführten Veröffentlichungen des Europäischen Patentamts entsprechen.</p>
<p>(3) Das Europäische Patentamt kann mit den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz und mit anderen Behörden jedes Staats Vereinbarungen über den Austausch von Veröffentlichungen treffen.</p>	(3) +	<p>(3) Das Europäische Patentamt kann mit den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz und mit anderen Behörden jedes Staats sowie mit zwischenstaatlichen Einrichtungen Vereinbarungen über den Austausch von Veröffentlichungen treffen.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Das Europäische Patentamt übermittelt den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten auf deren Wunsch kostenlos für ihre eigenen Zwecke ein oder mehrere Exemplare der in den Artikeln 61, 86a und 103 vorgesehenen Veröffentlichungen.

(2) +

(3) +

Auskunftsersuchen

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Soweit nicht die Vorschriften dieses Abkommens oder der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen oder die nationalen Rechtsvorschriften entgegenstehen, unterstützen sich das Europäische Patentamt und die Gerichte oder Behörden der Vertragsstaaten gegenseitig auf Antrag durch die Erteilung von Auskünften oder die Gewährung von Akteneinsicht.</p>	<p>(1) +</p>	<p>(1) Soweit nicht Vorschriften dieses Abkommens oder des nationalen Rechts entgegenstehen, unterstützen sich das Europäische Patentamt und die Gerichte oder Behörden der Vertragsstaaten gegenseitig auf Antrag durch die Erteilung von Auskünften oder die Gewährung von Akteneinsicht. Für die Einsicht in die Akten des Europäischen Patentamts ist die in Artikel 162 Absatz 3 vorgesehene Gebühr nicht zu entrichten.</p>
<p>(2) Gerichten und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten gewährt das Europäische Patentamt Einsicht in die Akten europäischer Patentanmeldungen und europäischer Patente, ohne daß die Einsicht den Beschränkungen des Artikels 162 unterworfen ist.</p>	<p>(2) Das Europäische Patentamt übermittelt die Akten europäischer Patentanmeldungen und europäischer Patente den Gerichten oder Ämtern der Staaten, auf die sich die Anmeldungen oder Patente erstrecken, ohne daß die Einsicht den Beschränkungen des Artikels 162 unterworfen ist.</p>	<p>(2) * Gerichten und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten gewährt das Europäische Patentamt Einsicht in die Akten europäischer Patentanmeldungen und europäischer Patente, ohne daß die Einsicht den Beschränkungen des Artikels 162 unterworfen ist.</p>
<p>(3) Das Europäische Patentamt und die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten unterrichten sich gegenseitig auf Ersuchen über den Verlauf des Prüfungsverfahrens bei Patentanmeldungen, die ganz oder teilweise für</p>	<p>(3) +</p>	<p>(3) * Das Europäische Patentamt und die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten unterrichten sich gegenseitig auf Ersuchen über den Verlauf des Prüfungsverfahrens bei Patentanmeldungen, die ganz oder</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

(2) +

(3) +

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
die gleiche Erfindung beim Europäischen Patentamt und bei den genannten Behörden eingereicht worden sind. Sie unterrichten sich insbesondere über das Ergebnis von Neuheitsrecherchen und die ergangenen Prüfungsbescheide und Entscheidungen. Diese Vorschriften finden auch im Falle des Artikels 114 Anwendung.		<p>teilweise für die gleiche Erfindung beim Europäischen Patentamt und bei den genannten Behörden eingereicht worden sind. Sie unterrichten sich insbesondere über das Ergebnis von Neuheitsrecherchen und die ergangenen Prüfungsbescheide und Entscheidungen. Diese Vorschriften finden auch im Falle des Artikels 114 Anwendung.</p> <p>(4) Das Europäische Patentamt kann in dem in Absatz 3 vorgesehenen Umfang auch die Behörden für den gewerblichen Rechtsschutz von Staaten, die diesem Abkommen nicht angehören, unterrichten, wenn Arbeitsabkommen eine solche gegenseitige Unterrichtung vorsehen.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(4) +

Artikel 65
Rechtshilfeersuchen

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Gerichte der Vertragsstaaten nehmen für das Europäische Patentamt auf dessen Ersuchen um Rechtshilfe Beweiserhebungen oder andere gerichtliche Handlungen innerhalb ihrer Zuständigkeit vor.</p> <p>(2) Jeder Vertragsstaat bestimmt die nationale Behörde, der das Europäische Patentamt das Ersuchen um Rechtshilfe zu übermitteln hat, und das weitere Verfahren, das bei der Durchführung des Ersuchens um Rechtshilfe anzuwenden ist.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Die Gerichte der Vertragsstaaten nehmen für <u>die in Artikel 54 vorgesehenen Organe auf deren</u> Ersuchen um Rechtshilfe Beweisaufnahmen oder andere gerichtliche Handlungen innerhalb ihrer Zuständigkeit vor.</p> <p>(2) - gestrichen -</p> <p><u>Bemerkung:</u> Absatz 2 ist in die Ausführungsordnung übernommen worden.</p>

Rechtshilfeersuchen

Vorschlag des Vorsitzenden

Die Gerichte der Vertragsstaaten nehmen für das Europäische Patentamt auf dessen Ersuchen um Rechtshilfe Beweisaufnahmen oder andere gerichtliche Handlungen innerhalb ihrer Zuständigkeit vor.

Bemerkung:

Sofern die in Art. 8 a genannte Gruppe von Vertragsstaaten von der ihr gemäß Art. 31 eingeräumten Befugnis Gebrauch macht, im Europäischen Patentamt für das einheitliche europäische Patent eine Patentverwaltung abteilung und Nichtigkeitskammern zu bilden, wären Rechtshilfeersuchen dieser besonderen Organe durch die Worte "die in Artikel 54 vorgesehenen Organe" nicht mehr erfaßt. Daher sind diese Worte in dem Vorschlag des Vorsitzenden durch "das Europäische Patentamt" ersetzt worden.

VIERTER TEIL

DIE EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG

KAPITEL I

EINREICHUNG UND ERFORDERNISSE DER ANMELDUNG

Artikel 66

Einreichung der Anmeldung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die europäische Patentanmeldung kann eingereicht werden</p> <p>a) beim Europäischen Patentamt oder</p> <p>b) bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz oder bei anderen zuständigen Behörden eines Vertragsstaats, wenn das Recht dieses Staats es gestattet. Eine in dieser Weise eingereichte Anmeldung hat dieselbe Wirkung, wie wenn sie zum gleichen Zeitpunkt beim Europäischen Patentamt eingereicht worden wäre.</p>	<p>(1) +</p> <p>a) +</p> <p>b) +</p>	<p>(1) * Die europäische Patentanmeldung kann eingereicht werden</p> <p>a) * beim Europäischen Patentamt oder</p> <p>b) * bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz oder bei anderen zuständigen Behörden eines Vertragsstaats, wenn das Recht dieses Staats es gestattet. Eine in dieser Weise eingereichte Anmeldung hat dieselbe Wirkung, wie wenn sie zu demselben Zeitpunkt beim Europäischen Patentamt eingereicht worden wäre.</p>
<p>(2) Jeder Vertragsstaat kann vorschreiben, daß die Personen mit Wohnsitz oder Sitz in seinem Hoheitsgebiet eine europäische Patentanmeldung nur bei den in Absatz 1 Buchstabe b) genannten Behörden einreichen können.</p>	<p>(2) +</p>	<p>(2) Jeder Vertragsstaat kann vorschreiben, daß die Personen mit Wohnsitz oder Sitz in seinem Hoheitsgebiet mit Ausnahme der zwischenstaatlichen Einrichtungen und Organisationen, deren Liste unter Beachtung der für diese Einrichtungen und Organisationen anwendbaren allgemeinen Grundsätze durch eine ein-</p>

VIERTER TEIL

DIE EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG

KAPITEL I

EINREICHUNG UND ERFORDERNISSE DER ANMELDUNG

Artikel 66

Einreichung der Anmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

a) +

b) +

(2) +

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(3) Im Fall der Nichtbeachtung einer auf Grund des Absatzes 2 erlassenen Vorschrift übermittelt das Europäische Patentamt die europäische Patentanmeldung der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz des betreffenden Vertragsstaats. Die Wirksamkeit der europäischen Patentanmeldung wird dadurch nicht berührt. Die Bestimmungen des Artikels 67 finden Anwendung.</p>	<p>(3) +</p>	<p>stimmige Entscheidung des <u>Verwaltungsrats</u> festgelegt wird, eine europäische Patentanmeldung nur bei den in Absatz 1 Buchstabe b) genannten Behörden einreichen können.</p> <p>(3) * Im Fall der Nichtbeachtung einer auf Grund des Absatzes 2 erlassenen Vorschrift übermittelt das Europäische Patentamt die europäische Patentanmeldung der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz des betreffenden Vertragsstaats. Die Wirksamkeit der europäischen Patentanmeldung wird dadurch nicht berührt. Artikel 67 findet Anwendung.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(3) +

Übermittlung europäischer Patentanmeldungen

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz hat die bei ihr oder bei anderen zuständigen Behörden dieses Staats eingereichten europäischen Patentanmeldungen innerhalb der kürzesten Frist, die mit der Anwendung der nationalen Vorschriften über die Geheimhaltung von Erfindungen im Interesse des Staats vereinbar ist, an das Europäische Patentamt weiterzuleiten.</p> <p>(2) Die Vertragsstaaten ergreifen alle geeigneten Maßnahmen, damit die europäischen Patentanmeldungen, deren Gegenstand offensichtlich im Sinne der in Absatz 1 genannten Vorschriften nicht geheimhaltungsbedürftig ist, an das Europäische Patentamt innerhalb einer Frist von höchstens sechs Wochen, von der Anmeldung an gerechnet, weitergeleitet werden. Die übrigen europäischen Patentanmeldungen sollen innerhalb einer Frist von vier Monaten, von der Anmeldung an gerechnet, an das Europäische Patentamt weitergeleitet werden.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) * Die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz hat die bei ihr oder bei anderen zuständigen Behörden dieses Staats eingereichten europäischen Patentanmeldungen innerhalb der kürzesten Frist, die mit der Anwendung der nationalen Vorschriften über die Geheimhaltung von Erfindungen im Interesse des Staats vereinbar ist, an das Europäische Patentamt weiterzuleiten.</p> <p>(2) Die Vertragsstaaten ergreifen alle geeigneten Maßnahmen, damit die europäischen Patentanmeldungen, deren Gegenstand offensichtlich im Sinne der in Absatz 1 genannten Vorschriften nicht geheimhaltungsbedürftig ist, innerhalb einer Frist von höchstens sechs Wochen nach der Anmeldung an das Europäische Patentamt weitergeleitet werden. Die übrigen europäischen Patentanmeldungen sollen innerhalb einer Frist von vier Monaten nach der Anmeldung an das Europäische Patentamt weitergeleitet werden.</p>

Übermittlung europäischer Patentanmeldungen

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

Bemerkung:

(2) Die Vertragsstaaten ergreifen alle geeigneten Maßnahmen, damit die europäischen Patentanmeldungen, deren Gegenstand offensichtlich im Sinne der in Absatz 1 genannten Vorschriften nicht geheimhaltungsbedürftig ist, innerhalb einer Frist von höchstens sechs Wochen nach der Anmeldung an das Europäische Patentamt weitergeleitet werden. Europäische Patentanmeldungen, bei denen näher geprüft werden muß, ob sie geheimhaltungsbedürftig sind, sind so rechtzeitig weiterzuleiten, daß sie innerhalb der in Absatz 2a genannten Frist beim Europäischen Patentamt eingehen.

Absatz 2 wurde an Artikel 12 Absatz 3a und Regel 22 des PCT-Entwurfs angeglichen. Diese Angleichung hat allem den Zweck, die für die Übermittlung der europäischen und der internationalen Patentanmeldung vom Anmeldeamt zum Europäischen Patentamt oder zur internationalen Behörde vorgeschriebene Zeitbegrenzung in Übereinstimmung zu bringen.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(3) Eine europäische Patentanmeldung, deren Gegenstand unter Geheimschutz gestellt worden ist, wird nicht an das Europäische Patentamt weitergeleitet und gilt als zurückgenommen. Sie kann in dem Vertragsstaat, in dem sie eingereicht worden ist, gemäß Artikel 118 in eine nationale Patentanmeldung umgewandelt werden. Eine gemäß Artikel 68 bereits entrichtete Anmeldegebühr wird zurückgezahlt.</p>	<p>(3) +</p>	<p>(3) * Eine europäische Patentanmeldung, deren Gegenstand unter Geheimschutz gestellt worden ist, wird nicht an das Europäische Patentamt weitergeleitet und gilt als zurückgenommen. Sie kann in dem Vertragsstaat, in dem sie eingereicht worden ist, gemäß Artikel 118 in eine nationale Patentanmeldung umgewandelt werden. Eine gemäß Artikel 68 bereits entrichtete Anmeldegebühr wird zurückgezahlt.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(2a) Die in Absatz 2 Satz 2 vorgesehene Frist beträgt

- a) für eine europäische Patentanmeldung, für die eine Priorität nicht in Anspruch genommen worden ist, vier Monate, gerechnet vom Zeitpunkt der Anmeldung, und
- b) für eine europäische Patentanmeldung, für die eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, vierzehn Monate, gerechnet vom Prioritätszeitpunkt.

(3) Eine europäische Patentanmeldung, deren Gegenstand unter Geheimschutz gestellt worden ist, wird nicht an das Europäische Patentamt weitergeleitet.

(4) Europäische Patentanmeldungen, die nicht bis zum Ablauf des vierzehnten Monats nach der Einreichung der Patentanmeldung oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätszeitpunkt dem Europäischen Patentamt zugehen, gelten als zurückgenommen. Eine gemäß Artikel 68 bereits entrichtete Anmeldegebühr wird zurückgezahlt.

Absatz 2a könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden. Aus diesem Grund wird eine Aufteilung zwischen Absatz 2 Satz 2 und Absatz 2a vorgeschlagen.

Absatz 3 Satz 2 entfällt, weil diese Regelung in die Artikel 114 bis 118 einbezogen werden sollte, die später vorgelegt werden. Die Möglichkeit, daß der Anmelder die nicht weitergeleitete europäische Patentanmeldung in nationale Patentanmeldungen umwandeln kann, sollte in vollem Umfang erhalten bleiben und noch weiter ausgebaut werden.

Die in Absatz 4 vorgesehene Regelung entspricht Artikel 12 Absatz 3a des PCT-Entwurfs. Durch diese Regelung sollte dem Anmelder nach dem Abkommen über ein europäisches Patentrecht jedoch kein unwiederbringlicher Schaden entstehen. Die noch vorzulegenden Artikel 114 bis 118 sollten ihm erlauben, die als zurückgenommen geltende

Vorschlag des Vorsitzenden

europäische Patentanmeldung innerhalb einer bestimmten Frist in nationale Patentanmeldungen umzuwandeln. Soweit Geheimhaltungsvorschriften nicht entgegenstehen, sollte es ihm dabei möglich sein, die europäische Patentanmeldung in allen Vertragsstaaten, die er in der europäischen Patentanmeldung gemäß Artikel 68a benannt hatte, in nationale Patentanmeldungen umzuwandeln.

Artikel 68

Erfordernisse der Anmeldung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die europäische Patentanmeldung muß enthalten</p> <p>a) einen Antrag auf Erteilung des europäischen Patents,</p> <p>b) eine Beschreibung der Erfindung, gegebenenfalls mit den Zeichnungen, auf die die Beschreibung sich bezieht.</p> <p>Die Anmeldung muß in einer der in Artikel 34 Absätze 1 und 2 vorgesehenen Sprachen abgefaßt sein.</p> <p>(2) Für die europäische Patentanmeldung ist die Anmeldegebühr zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben ist.</p> <p>(3) Die europäische Patentanmeldung gilt als zu dem Zeitpunkt einge-</p>	<p>(1) +</p> <p>a) einen Antrag auf Erteilung des europäischen Patents unter Benennung der Länder, für die die Erteilung begehrt wird,</p> <p>b) +</p> <p>+</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p>	<p>(1) Die europäische Patentanmeldung muß enthalten:</p> <p>a) * einen Antrag auf Erteilung des europäischen Patents,</p> <p>b) eine Beschreibung der Erfindung,</p> <p>c) einen oder mehrere Patentansprüche, die definieren, wofür Schutz begehrt wird,</p> <p>d) gegebenenfalls die Zeichnungen, auf die sich die Beschreibung und die Patentansprüche beziehen.</p> <p>Die Anmeldung muß in einer der in Artikel 34 Absätze 1 und 2 vorgesehenen Sprachen abgefaßt sein.</p> <p>(2) * Für die europäische Patentanmeldung ist die Anmeldegebühr zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben ist.</p> <p>(3) Die europäische Patentanmeldung gilt als zu dem Zeitpunkt</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

a) +

b) +

c) +

d) +

+

(2) +

(3) - übernommen in den Art. 68b -

Bemerkung:

Es ist zu erwägen, ob außer den in Absatz 1 Buchstabe a bis d genannten Erfordernissen vom Anmelder auch eine Zusammenfassung (abstract) wie im PCT-Entwurf verlangt werden soll. Würde die Arbeitsgruppe dies bejahen, so wäre weiter zu prüfen, ob die Zusammenfassung veröffentlicht werden soll und gegebenenfalls in welchen Sprachen (vgl. Art. 34).

Das im EFTA-Entwurf unter Absatz 1 Buchstabe a genannte Erfordernis der Benennung von Vertragsstaaten, in denen für die Erfindung Schutz begehrt wird, ist in dem neuen Artikel 68a der Vorschläge des Vorsitzenden berücksichtigt worden.

Die Absätze 3 und 4 wurden in den Art. 68b übernommen, da sie nicht - entsprechend der Überschrift zu Art. 68 - Erfordernisse der Anmeldung, sondern den Zeitpunkt der Einreichung der Anmeldung festlegen.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>reicht, an dem die Erfordernisse des Absatzes 1 dieses Artikels erfüllt sind, sofern die Anmeldegebühr innerhalb einer Frist von einem Monat von diesem Zeitpunkt an entrichtet wird.</p> <p>(4) Wird die Anmeldegebühr nach Ablauf der in Absatz 3 vorgesehenen Frist entrichtet, so gilt die Anmeldung als zu dem Zeitpunkt der Zahlung eingereicht, sofern diese Zahlung spätestens zwei Monate nach einer Zahlungsaufforderung des Europäischen Patentamts eingeht.</p>	<p>(4) +</p>	<p>eingereicht, zu dem die Erfordernisse des Absatzes 1 erfüllt sind, sofern die Anmeldegebühr innerhalb einer Frist von einem Monat nach diesem Zeitpunkt entrichtet wird.</p> <p>(4) * Wird die Anmeldegebühr nach Ablauf der in Absatz 3 vorgesehenen Frist entrichtet, so gilt die Anmeldung als zu dem Zeitpunkt der Zahlung eingereicht, sofern diese Zahlung spätestens zwei Monate nach einer Zahlungsaufforderung des Europäischen Patentamts eingeht.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(4) - übernommen in den Art. 68b -

Benennung von Vertragsstaaten

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Im Antrag auf Erteilung des europäischen Patents sind der Vertragsstaat oder die Vertragsstaaten, in denen für die Erfindung Schutz begehrt wird, zu benennen.

(2) Für die Benennung eines Vertragsstaats ist die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebene Gebühr zu zahlen. Die Zahlung kann bis zum Ablauf einer Frist von 12 Monaten nach der Einreichung der europäischen Patentanmeldung oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätszeitpunkt erfolgen.

(3) Die Benennung eines Vertragsstaats kann bis zur Erteilung des europäischen Patents zurückgenommen werden. Die Zurücknahme der Benennung aller Vertragsstaaten gilt als Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung. Entrichtete Benennungsgebühren werden nicht zurückgezahlt.

(4) Sofern eine Gruppe von Vertragsstaaten von der Ermächtigung in Artikel 8a Gebrauch gemacht hat, kann sie vorschreiben, daß ihre Benennung nur gemeinsam erfolgen kann.

Bemerkung:

Artikel 68a wurde dem PCT-Entwurf angeglichen (siehe dort Artikel 4 Absatz 1 ii und Absatz 4 in Verbindung mit Regel 15.4 b. Es muß also jeder Vertragsstaat, für den Schutz begehrt wird, schon bei der Einreichung der Anmeldung benannt werden, wenn auch die Benennungsgebühr noch bis zum Ablauf des Prioritätsjahrs gezahlt werden kann. Durch eine solche Regelung wollte der PCT-Entwurf sicherstellen, daß in keinem der benannten Vertragsstaaten Zweifel daran bestehen können, daß die internationale Anmeldung dort vom Zeitpunkt ihrer Einreichung an als nationale Patentanmeldung existent ist. Es empfiehlt sich, diese Regelung in den Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht zu übernehmen, um beide Systeme aufeinander abzustimmen. Es sollte den Anmeldern nicht zugemutet werden, zwei verschiedene Benennungssysteme zu beachten.

Artikel 68 Absätze 3 und 4

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(3) Die europäische Patentanmeldung gilt als zu dem Zeitpunkt eingereicht, an dem die Erfordernisse des Absatzes 1 dieses Artikels erfüllt sind, sofern die Anmeldegebühr innerhalb einer Frist von einem Monat von diesem Zeitpunkt an entrichtet wird.</p> <p>(4) Wird die Anmeldegebühr nach Ablauf der in Absatz 3 vorgesehenen Frist entrichtet, so gilt die Anmeldung als zu dem Zeitpunkt der Zahlung eingereicht, sofern diese Zahlung spätestens zwei Monate nach einer Zahlungsaufforderung des Europäischen Patentamts eingeht.</p>	<p>(3) +</p> <p>(4) +</p>	<p>(3) Die europäische Patentanmeldung gilt als zu dem Zeitpunkt eingereicht, zu dem die Erfordernisse des Absatzes 1 erfüllt sind, sofern die Anmeldegebühr innerhalb einer Frist von einem Monat nach diesem Zeitpunkt entrichtet wird.</p> <p>(4) * Wird die Anmeldegebühr nach Ablauf der in Absatz 3 vorgesehenen Frist entrichtet, so gilt die Anmeldung als zu dem Zeitpunkt der Zahlung eingereicht, sofern diese Zahlung spätestens zwei Monate nach einer Zahlungsaufforderung des Europäischen Patentamts eingeht.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die europäische Patentanmeldung gilt als zu dem Zeitpunkt eingereicht, zu dem die Erfordernisse des Artikels 68 Absatz 1 erfüllt sind und mindestens ein Vertragsstaat gemäß Artikel 68a Absatz 1 benannt ist, sofern die Anmeldegebühr innerhalb einer Frist von einem Monat nach diesem Zeitpunkt entrichtet wird.

(2) Wird die Anmeldegebühr nach Ablauf der in Absatz 1 vorgesehenen Frist entrichtet, so gilt die Anmeldung als zu dem Zeitpunkt der Zahlung eingereicht, sofern diese Zahlung spätestens zwei Monate nach einer Zahlungsaufforderung des Europäischen Patentamts eingeht.

Bemerkung:

Durch die Einführung der Staatenbenennung gemäß Artikel 68a als ein notwendiges Erfordernis der Patentanmeldung lag es nahe, die Absätze 3 und 4 des früheren Artikels 68 von Artikel 68 abzutrennen und nach der Regelung der Staatenbenennung in Artikel 68a als Artikel 68b einzuschieben.

In Absatz 1 wird vorgesehen, daß die europäische Patentanmeldung nur dann als eingereicht gelten soll, wenn mindestens ein Vertragsstaat benannt ist. Dies entspricht Artikel 11 Absatz 1 iii b des PCT-Entwurfs.

Artikel 69

Einheitlichkeit der Erfindung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Eine europäische Patentanmeldung darf nur eine Erfindung enthalten.</p>	<p>+</p>	<p>Eine europäische Patentanmeldung darf nur eine einzige Erfindung enthalten oder mehrere Erfindungen, die untereinander in der Weise verbunden sind, daß der Gegenstand der Anmeldung <u>einheitlich ist</u>.</p> <p><u>Bemerkung:</u></p> <p>Dieser Artikel wird durch eine Vorschrift der Ausführungsordnung ergänzt, in die der Gegenstand des Absatzes 2 (9. Sitzung) aufgenommen wird; diese Vorschrift erhält folgende Fassung:</p> <p>"Der Gegenstand einer europäischen Patentanmeldung gilt als einheitlich, wenn die Anmeldung enthält</p> <ul style="list-style-type: none"> a) neben einem Erzeugnis ein oder mehrere Verfahren zur Herstellung des Erzeugnisses oder eine oder mehrere Verwendungsarten des Erzeugnisses, b) neben einem Verfahren eine Vorrichtung zur Anwendung dieses Verfahrens."

Einheitlichkeit der Erfindung

Vorschlag des Vorsitzenden

Die europäische Patentanmeldung darf nur eine einzige Erfindung enthalten oder eine Gruppe von Erfindungen, die untereinander in der Weise verbunden sind, daß sie eine einzige allgemeine erfinderische Idee verwirklichen.

Bemerkung:

Dieser Vorschlag entspricht wörtlich der Regel 13.1 des PCT-Entwurfs. Die Regeln 13.2 bis 13.5 sollten in die Ausführungsordnung übernommen werden. Damit wäre auch der nebenstehenden Bemerkung aus dem Vorentwurf von 1965 Rechnung getragen.

Artikel 70

Offenbarung der Erfindung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) In der Beschreibung ist die Erfindung so deutlich und vollständig zu offenbaren, daß ein Fachmann sie danach ausführen kann.</p> <p>(2) Am Schluß der Beschreibung ist in einem oder mehreren Patentansprüchen anzugeben, wofür der Anmelder Schutz begehrt.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Die Erfindung ist in der europäischen Patentanmeldung so deutlich und vollständig zu offenbaren, daß ein Fachmann sie danach ausführen kann.</p> <p>(2) - gestrichen -</p>

Artikel 70

Offenbarung der Erfindung

Vorschlag des Vorsitzenden

+

Artikel 71

Erfordernisse der Ausführungsordnung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Die europäische Patentanmeldung muß den Erfordernissen genügen, die in der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben sind.	+	* Die europäische Patentanmeldung muß den Erfordernissen genügen, die in der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen vorgeschrieben sind.

Artikel 71

Erfordernisse der Ausführungsordnung

Vorschlag des Vorsitzenden

+

KAPITEL II
PRIORITÄT
Artikel 72
Prioritätsrecht

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Jedermann, der ein Anmeldung für ein Patent oder ein Gebrauchsmuster vorschriftsmäßig eingereicht hat, oder sein Rechtsnachfolger genießt für die Anmeldung derselben Erfindung zum europäischen Patent während einer Frist von zwölf Monaten vom Zeitpunkt der Einreichung der ersten Anmeldung an ein Prioritätsrecht.</p>	(1) +	<p>(1) Jedermann, der eine Anmeldung für ein Patent oder ein Gebrauchsmuster vorschriftsmäßig eingereicht hat, oder sein Rechtsnachfolger genießt für die Anmeldung derselben Erfindung zum europäischen Patent während einer Frist von zwölf Monaten nach der Einreichung der ersten Anmeldung ein Prioritätsrecht.</p>
<p>(2) Der Tag der Einreichung wird nicht in die Frist eingerechnet. Ist der letzte Tag der Frist am Sitz der zuständigen Behörde im Sinne des Artikels 66 Absatz 1, bei der die europäische Patentanmeldung eingereicht wird, ein gesetzlicher Feiertag oder ein Tag, an dem die zuständige Behörde zur Entgegennahme von Anmeldungen nicht geöffnet ist, so erstreckt sich die Frist auf den nächstfolgenden Werktag.</p>	(2) +	<p>(2) - gestrichen -</p>
<p>(3) Als prioritätsbegründend wird jede Anmeldung anerkannt, der nach dem nationalen Recht des Staats, in dem die Anmeldung eingereicht worden ist, oder nach zwei- oder mehrseitigen Verträgen die Bedeutung einer vorschriftsmäßigen nationalen Anmeldung zukommt.</p>	(3) +	<p>(3) * Als prioritätsbegründend wird jede Anmeldung anerkannt, der nach dem nationalen Recht des Staats, in dem die Anmeldung eingereicht worden ist, oder nach zwei- oder mehrseitigen Verträgen die Bedeutung einer vorschriftsmäßigen nationalen Anmeldung zukommt.</p>
<p>(4) Unter vorschriftsmäßiger nationaler Anmeldung ist jede Anmeldung zu-</p>	(4) +	<p>(4) * Unter vorschriftsmäßiger nationaler Anmeldung ist jede Anmeldung zu-</p>

Prioritätsrecht

Vorschlag des Vorsitzenden

s-
r
(1) Jedermann, der eine Anmeldung für ein Patent, ein Gebrauchsmuster oder einen Erfinderschein vorschriftsmäßig eingereicht hat, oder sein Rechtsnachfolger genießt für die Anmeldung derselben Erfindung zum europäischen Patent während einer Frist von zwölf Monaten nach der Einreichung der ersten Anmeldung ein Prioritätsrecht.

(2) - gestrichen gemäß Vorentwurf von 1965 -

(3) +

(4) +

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>punkts ausreicht, an dem die Anmeldung in dem betreffenden Staat eingereicht worden ist, wobei das spätere Schicksal der Anmeldung ohne Bedeutung ist.</p> <p>(5) Als erste Anmeldung, von deren Einreichung an die Prioritätsfrist läuft, wird auch eine jüngere Anmeldung angesehen, die denselben Gegenstand betrifft wie eine erste ältere in demselben Verbandsland der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums eingereichte Anmeldung, sofern diese ältere Anmeldung bis zur Einreichung der jüngeren Anmeldung zurückgenommen, fallengelassen oder zurückgewiesen worden ist, und zwar bevor sie öffentlich ausgelegt worden ist und ohne daß Rechte bestehengeblieben sind; ebensowenig darf diese ältere Anmeldung schon Grundlage für die Inanspruchnahme des Prioritätsrechts gewesen sein. Die ältere Anmeldung kann in diesem Fall nicht mehr als Grundlage für die Inanspruchnahme des Prioritätsrechts dienen.</p>	<p>(5) +</p>	<p>meldung zu verstehen, die zur Festlegung des Zeitpunkts ausreicht, an dem die Anmeldung in dem betreffenden Staat eingereicht worden ist, wobei das spätere Schicksal der Anmeldung ohne Bedeutung ist.</p> <p>(5) Als erste Anmeldung, von deren Einreichung an die Prioritätsfrist läuft, wird auch eine jüngere Anmeldung angesehen, die denselben Gegenstand betrifft wie eine erste ältere in demselben Staat eingereichte Anmeldung, sofern diese ältere Anmeldung bis zur Einreichung der jüngeren Anmeldung zurückgenommen, fallengelassen oder zurückgewiesen worden ist, und zwar bevor sie öffentlich ausgelegt worden ist und ohne daß Rechte bestehen geblieben sind; ebensowenig darf diese ältere Anmeldung schon Grundlage für die Inanspruchnahme des Prioritätsrechts gewesen sein. Die ältere Anmeldung kann in diesem Fall nicht mehr als Grundlage für die Inanspruchnahme des Prioritätsrechts dienen.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(5) +

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(6) Ist die erste Anmeldung in einem Staat eingereicht worden, der nicht Vertragstaat ist, so finden die vorstehenden Bestimmungen nur insoweit Anwendung, als dieser Staat nach einer Bekanntmachung des <u>Verwaltungsrats</u> das Prioritätsrecht auf Grund einer ersten Anmeldung beim Europäischen Patentamt gewährt.</p>	<p>(6) +</p>	<p>(6) Ist die erste Anmeldung in einem nicht zu den Vertragsstaaten gehörenden Staat eingereicht worden, so finden die vorstehenden Vorschriften nur insoweit Anwendung, als dieser Staat nach einer Bekanntmachung des <u>Verwaltungsrats</u> ein Prioritätsrecht auf Grund einer ersten Anmeldung beim Europäischen Patentamt gewährt, das dem in diesem Abkommen vorgesehenen Prioritätsrecht entspricht.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden.

(9)
AOL 179

... der Selbstbestimmung der Völker...

RECEIVED
JAN 11 1968

...nichtes zu tun, als
...sich zu bewegen, ...
...ist, ...
...in einem ...
...einen ...
...hoffen ...

[illegible][illegible]

1. *Pharmaceutical Innovation and the Role of the State*
 2. *The Impact of Patent Law on Drug Development*
 3. *The Role of Government in Regulating Pharmaceuticals*
 4. *The Impact of Health Insurance on Drug Access*
 5. *The Role of the Pharmaceutical Industry in Public Health*
 6. *The Impact of Globalization on Drug Markets*
 7. *The Role of the Pharmaceutical Industry in Developing Countries*
 8. *The Impact of Intellectual Property on Drug Innovation*
 9. *The Role of the Pharmaceutical Industry in Health Care Reform*
 10. *The Impact of the Pharmaceutical Industry on the Environment*

Artikel 73

Wirkung des Prioritätsrechts

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Das Prioritätsrecht hat die Wirkung, daß der Zeitpunkt der ersten Anmeldung</p> <p>a) als Zeitpunkt der europäischen Patentanmeldung im Sinne des Artikels 11 Absätze 2 und 3 sowie des Artikels 19 gilt,</p> <p>b) als Zeitpunkt gilt, der für den Erwerb eines Vorbenutzungsrechts oder eines persönlichen Besitzrechts gemäß Artikel 22 maßgebend ist, sofern das nach Artikel 22 anzuwendende nationale Recht nichts anderes bestimmt.</p>	<p>+</p> <p>a) +</p> <p>b) +</p>	<p>* Das Prioritätsrecht hat die Wirkung, daß der Zeitpunkt der ersten Anmeldung</p> <p>a) * als Zeitpunkt der europäischen Patentanmeldung im Sinne des Artikels 11 Absätze 2 und 3 <u>sowie des Artikels 19</u> gilt,</p> <p>b) * als Zeitpunkt gilt, der für den Erwerb eines Vorbenutzungsrechts oder eines persönlichen Besitzrechts gemäß Artikel 22 maßgebend ist, sofern das nach Artikel 22 anzuwendende nationale Recht nichts anderes bestimmt.</p>

Wirkung des Prioritätsrechts

Vorschlag des Vorsitzenden

+

- a) als Zeitpunkt der europäischen Patentanmeldung im Sinne des Artikels 11 Absätze 2 und 3 gilt.

- b) - entfällt -

Bemerkung:

Aufgrund der neuen Zielsetzung des Abkommens sind die älteren nationalen Rechte (Art. 19) und das Vorbenutzungsrecht (Art. 22) in diesem Abkommen nicht mehr zu erwähnen; diese Tatbestände unterliegen ausschließlich dem nationalen Recht der Vertragsstaaten.

Artikel 74

Inanspruchnahme der Priorität

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Wer die Priorität einer früheren Anmeldung in Anspruch nehmen will, hat gegenüber dem Europäischen Patentamt innerhalb einer Frist von vier Monaten vom Zeitpunkt der Einreichung der europäischen Patentanmeldung an eine Erklärung über den Zeitpunkt und den Staat der ersten Anmeldung abzugeben und das Aktenzeichen der ersten Anmeldung zu nennen. Innerhalb der Frist können die Angaben geändert werden. Werden die Angaben nicht rechtzeitig gemacht, so ist der Prioritätsanspruch für die Anmeldung verwirkt.</p> <p>(2) Das Europäische Patentamt kann von demjenigen, der eine Prioritätserklärung abgibt, verlangen, daß er innerhalb einer vom Europäischen Patentamt zu bestimmenden Frist, die frühestens vier Monate nach der Einreichung der europäischen Patentanmeldung endet, eine Abschrift der ersten Anmeldung einschließlich der Beschreibung und der Zeichnungen vorlegt.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Wer die Priorität einer früheren Anmeldung in Anspruch nehmen will, hat gegenüber dem Europäischen Patentamt <u>innerhalb einer Frist von vier Monaten nach der Einreichung der europäischen Patentanmeldung</u> eine Erklärung über den Zeitpunkt und den Staat der ersten Anmeldung abzugeben und das Aktenzeichen der ersten Anmeldung zu nennen. <u>Innerhalb der Frist können die Angaben geändert werden. Werden die Angaben nicht rechtzeitig gemacht, so ist der Prioritätsanspruch für die Anmeldung verwirkt.</u></p> <p>(2) Das Europäische Patentamt kann von demjenigen, der eine Prioritätserklärung abgibt, verlangen, daß er innerhalb einer vom Europäischen Patentamt zu bestimmenden Frist, die frühestens vier Monate nach der Einreichung der europäischen Patentanmeldung endet, eine Abschrift der ersten Anmeldung einschließlich der Be-</p>

Inanspruchnahme der Priorität

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Wer die Priorität einer früheren Anmeldung in Anspruch nehmen will, hat gegenüber dem Europäischen Patentamt bei der Einreichung der europäischen Patentanmeldung eine Erklärung über den Zeitpunkt und den Staat der ersten Anmeldung abzugeben und das Aktenzeichen der ersten Anmeldung zu nennen. Werden bei der Einreichung der europäischen Patentanmeldung Zeitpunkt und Staat der ersten Anmeldung nicht angegeben oder wird das Aktenzeichen der ersten Anmeldung nicht gesondert vor Ablauf des sechzehnten Monats seit dem Prioritätszeitpunkt eingereicht, so ist der Prioritätsanspruch für die Anmeldung verwirkt.

Bemerkung:

Absatz 1 wurde an den PCT-Entwurf (Art. 8 in Verbindung mit Regel 4.10) angeglichen.

(2) +

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Die Abschrift muß von der Behörde, bei der die Anmeldung eingereicht worden ist, als übereinstimmend bescheinigt sein. Ferner ist eine Bescheinigung dieser Behörde über den Zeitpunkt der Einreichung beizufügen. Werden die Abschrift und die Bescheinigungen nicht rechtzeitig vorgelegt, so ist der Prioritätsanspruch für die Anmeldung verwirkt.</p> <p>(3) Für eine europäische Patentanmeldung können mehrere Prioritäten in Anspruch genommen werden, selbst wenn sie aus verschiedenen Staaten stammen.</p> <p>(4) Werden eine oder mehrere Prioritäten nur für einen Teil der europäischen Patentanmeldung beansprucht, so umfaßt das Prioritätsrecht nur die Merkmale der europäischen Patentanmeldung, die in der oder den Patentanmeldungen enthalten sind, deren Priorität in Anspruch genommen worden ist.</p>	<p>(3) +</p> <p>(4) +</p>	<p>schreibung, der Patentansprüche und der Zeichnungen vorlegt. Die Abschrift muß von der Behörde, bei der die Anmeldung eingereicht worden ist, als übereinstimmend bescheinigt sein. Ferner ist eine Bescheinigung dieser Behörde über den Zeitpunkt der Einreichung beizufügen. Werden die Abschriften und die Bescheinigungen nicht rechtzeitig vorgelegt, so ist der Prioritätsanspruch für die Anmeldung verwirkt.</p> <p>(3) * Für eine europäische Patentanmeldung können mehrere Prioritäten in Anspruch genommen werden, selbst wenn sie aus verschiedenen Staaten stammen.</p> <p>(4) * Werden eine oder mehrere Prioritäten nur für einen Teil der europäischen Patentanmeldung beansprucht, so umfaßt das Prioritätsrecht nur die Merkmale der europäischen Patentanmeldung, die in der oder den Patentanmeldungen enthalten sind, deren Priorität in Anspruch genommen worden ist.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

he
Die
,
icht
nd
eine
über
bei-
en

Pa-
Prio-
ver-
chie-

cere
der
oan-
äts-
ro-
in
t
t.

-

(3) +

(4) +

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(5) Die Angaben nach Absatz 1 sind im europäischen Patentregister einzutragen, auf den europäischen Patentschriften zu vermerken und im Europäischen Patentblatt bekanntzumachen.</p>	<p>(5) +</p>	<p>(5) Die Angaben nach Absatz 1 sind in das europäische Patentregister einzutragen, im Europäischen Patentblatt bekanntzumachen und auf den europäischen Patentschriften zu vermerken.</p>
<p>(6) Sind bestimmte Merkmale der Erfindung, für die die Priorität beansprucht wird, nicht in den in der ersten Anmeldung aufgestellten Patentansprüchen enthalten, so reicht es für die Gewährung der Priorität aus, wenn die Gesamtheit der Anmeldungsunterlagen der ersten Anmeldung diese Merkmale deutlich offenbart.</p>	<p>(6) +</p>	<p>(6) * Sind bestimmte Merkmale der Erfindung, für die die Priorität beansprucht wird, nicht in den in der ersten Anmeldung aufgestellten Patentansprüchen enthalten, so reicht es für die Gewährung der Priorität aus, wenn die Gesamtheit der Anmeldungsunterlagen der ersten Anmeldung diese Merkmale deutlich offenbart.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(5) Die Angaben nach Absatz 1 sind in das europäische Patentregister einzutragen, im Europäischen Patentblatt bekanntzumachen und auf der Veröffentlichung gemäß Artikel 86a sowie auf den europäischen Patentschriften zu vermerken.

(6) +

Bemerkung:

Absatz 5 könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Artikel 75

Bedeutung der europäischen Patentanmeldung als nationale Hinterlegung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die europäische Patentanmeldung hat die Bedeutung einer vorschriftsmäßigen nationalen Hinterlegung in den Vertragsstaaten.</p> <p>(2) Das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents gemäß Absatz 1 kann nur unter den in den Artikeln 114 bis 116 vorgesehenen Bedingungen eingeleitet werden.</p>	<p>(1) Die europäische Patentanmeldung hat die Bedeutung einer vorschriftsmäßigen nationalen Hinterlegung in den Staaten, auf die sich die Anmeldung erstreckt.</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) * Die europäische Patentanmeldung hat die Bedeutung einer vorschriftsmäßigen nationalen Hinterlegung in den Vertragsstaaten.</p> <p>(2) Das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents kann auf Grund einer europäischen Patentanmeldung nur unter den in den Artikeln 114 bis 116 vorgesehenen Bedingungen eingeleitet werden.</p>

Bedeutung der europäischen Patentanmeldung als nationale Hinterlegung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die europäische Patentanmeldung hat in den gemäß Artikel 68a benannten Vertragsstaaten die Bedeutung einer vorschriftsmäßigen nationalen Hinterlegung.

(2) +

Bemerkung:

Die Bezugnahme auf die benannten Vertragsstaaten ergibt sich daraus, daß die europäische Patentanmeldung nur in den Vertragsstaaten eine Wirkung haben kann, die der Anmelder benannt hat.

FÜNFTER TEIL

ERTEILUNG UND BESTÄTIGUNG DES EUROPÄISCHEN PATENTS

KAPITEL I

ERTEILUNG DES VORLÄUFIGEN EUROPÄISCHEN PATENTS

Artikel 76

Prüfung der europäischen Patentanmeldung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
(1) Stellt die Prüfungsstelle fest, daß die europäische Patentanmeldung nicht im Sinne des Artikels 68 ordnungsgemäß eingereicht ist, so teilt sie ihre Entscheidung dem Anmelder mit.	(1) +	(1) Ist die europäische Patentanmeldung nicht im Sinne des Artikels 68 ordnungsgemäß eingereicht, so stellt die Prüfungsstelle dies in einer Entscheidung fest.
(2) Ist die europäische Patentanmeldung ordnungsgemäß eingereicht, so wird sie von der Prüfungsstelle darauf geprüft,	(2) +	(2) * Ist die europäische Patentanmeldung ordnungsgemäß eingereicht, so wird sie von der Prüfungsstelle darauf geprüft,
a) ob der Gegenstand der Anmeldung offensichtlich seinem Wesen nach keine Erfindung ist;	a) +	a) ob der Gegenstand der Anmeldung offensichtlich seinem Wesen nach, insbesondere im Sinne des Artikels 9, keine Erfindung ist;
b) ob die Erfindung nicht gemäß Artikel 10 von der Patentierbarkeit ausgeschlossen ist;	b) +	b) * ob die Erfindung nicht gemäß Artikel 10 von der Patentierbarkeit ausgeschlossen ist;
c) ob die Erfindung offensichtlich im Sinne des Artikels 14 nicht gewerblich verwertbar ist;	c) +	c) * ob die Erfindung offensichtlich im Sinne des Artikels 14 nicht gewerblich verwertbar ist;

FÜNFTER TEIL

ERTEILUNG DES EUROPÄISCHEN PATENTS

KAPITEL I

VERFAHREN BIS ZUR NEUHEITSPRÜFUNG

Artikel 76

Prüfung der europäischen Patentanmeldung auf formelle und offensichtliche Mängel

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Ist die europäische Patentanmeldung nicht im Sinne der Artikel 68, 68a und 68b ordnungsgemäß eingereicht, so stellt die Prüfungsstelle dies in einer Entscheidung fest.

(2) +

a) +

b) +

c) +

Bemerkung:

Die Änderungen der Überschriften des fünften Teils, des Kapitels I und dieses Artikels ergeben sich daraus, daß das vorläufige europäische Patent weggefallen ist und die Patentanmeldung nunmehr zwei verschiedenen Prüfungen unterzogen wird, nämlich zunächst einer Prüfung auf formelle und offensichtliche Mängel (Art. 76) und dann der eigentlichen Neuheitsprüfung (Art. 88).

Die Einfügung der Artikel 68a und 68b in Absatz 1 wird dadurch notwendig, daß ein neuer Art. 68a über die Benennung der Vertragsstaaten eingefügt und der bisherige Inhalt des Art. 68 auf Art. 68 und einen neuen Art. 68b aufgeteilt wurde.

Bei Absatz 2 Buchstabe b wäre zu erwägen, ob die Prüfung der Patentanmeldung nicht auch bezüglich des Artikels 10 auf das Vorliegen offensichtlicher Mängel beschränkt werden sollte.

zu Artikel 76

- 2 -

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
d) ob die Anmeldung den Bestimmungen der Artikel 69 und 70 offensichtlich nicht entspricht;	d) +	d)*ob die Anmeldung den Artikeln 69 und 70 offensichtlich nicht entspricht;
e) ob die gemäß Artikel 71 vorgesehenen Erfordernisse vorliegen;	e) +	e) ob die Anmeldung den in der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen vorgesehenen Formvorschriften genügt und ob der Inhalt der Beschreibung, der Patentansprüche und den Zeichnungen den Vorschriften der Ausführungsordnung, die sich darauf beziehen, offensichtlich nicht entspricht;
f) ob im Fall einer Zusatzpatentanmeldung deren Gegenstand offensichtlich eine Verbesserung im Sinne des Artikels 24 Absatz 1 nicht enthält.	f) +	f) ob im Fall einer Zusatzpatentanmeldung deren Gegenstand eine Verbesserung, Weiterentwicklung oder Ergänzung im Sinne des Artikels 24 Absatz 1 offensichtlich nicht enthält.

Vorschlag des Vorsitzenden

d) +

e) +

f) +

Prüfungsbescheide und Zurückweisung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Ergibt die Prüfung, daß die Erfindung oder die europäische Patentanmeldung den in Artikel 76 Absatz 2 genannten Erfordernissen nicht genügt, so teilt die Prüfungsstelle dies dem Anmelder mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmten Frist eine Stellungnahme einzureichen oder die gerügten Mängel zu beseitigen.</p>	<p>(1) +</p>	<p>(1) Ergibt die in Artikel 76 Absatz 2 vorgesehene Prüfung, daß die Erfindung oder die europäische Patentanmeldung den bei dieser Prüfung zu berücksichtigenden Erfordernissen nicht genügt, so teilt die Prüfungsstelle dies dem Anmelder mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme einzureichen oder die gerügten Mängel zu beseitigen. Betreffen die Mängel die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen, so können sie nur gemäß den Angaben der Prüfungsstelle beseitigt werden.</p>
<p>(2) Stellt die Prüfungsstelle fest, daß die Erfindung offensichtlich nicht neu ist, so kann sie den Anmelder darauf aufmerksam machen.</p>	<p>(2) +</p>	<p>(2) * Stellt die Prüfungsstelle fest, daß die Erfindung offensichtlich nicht neu ist, so kann sie den Anmelder darauf aufmerksam machen.</p>
<p>(3) Ergibt sich bei Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist, daß die Erfindung oder die europäische Patentanmeldung den in Artikel 76 Absatz 2 genannten Erfordernissen nicht genügt, so weist die Prüfungsstelle die Anmeldung zurück.</p>	<p>(3) +</p>	<p>(3) Ergibt sich bei Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist, daß die Erfindung oder die europäische Patentanmeldung den in diesem Absatz genannten Erfordernissen nicht genügt, so weist die Prüfungsstelle die Anmeldung zurück.</p>
<p>(4) Die Anmeldung darf nicht aus Gründen zurückgewiesen werden, die dem Anmelder nicht vorher gemäß Absatz 1 mitgeteilt worden sind.</p>	<p>(4) +</p>	<p>(4) * Die Anmeldung darf nicht aus Gründen zurückgewiesen werden, die dem Anmelder nicht vorher gemäß Absatz 1 mitgeteilt worden</p>

Artikel 77
Prüfungsbescheide und Zurückweisung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

Bemerkung:

Ein Teil dieses Artikels könnte in die Ausführungsordnung
übernommen werden.

(2) +

(3) +

(4) +

Artikel 78

Einholung des Berichts über den Stand der Technik

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Ergibt die Prüfung, daß die Erfindung und die europäische Patentanmeldung den in Artikel 76 Absatz 2 genannten Erfordernissen entspricht, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebene Gebühr für die Einholung des Neuheitsberichts zu entrichten, es sei denn, daß die Gebühr bereits entrichtet worden ist.</p> <p>(2) Nach Eingang der Gebühr oder, wenn diese bereits entrichtet ist, nach Abschluß der Prüfung holt die Prüfungsstelle unter Übersendung der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung einen Bericht über die Neuheit der Erfindung <u>beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag</u> ein.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Ergibt die Prüfung, daß die Erfindung und die europäische Patentanmeldung den bei der Prüfung zu berücksichtigenden Erfordernissen genügen, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebene Gebühr für die Einholung des Berichts über den Stand der Technik zu entrichten.</p> <p>(2) Nach Eingang der Gebühr oder, wenn diese bereits entrichtet ist, nach Abschluß der Prüfung holt die Prüfungsstelle unter Übersendung der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung einen Bericht über den Stand der Technik <u>beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag</u> ein.</p>

Einholung des Berichts über den Stand der Technik

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

Bemerkung:

(2) +

(2a) Der Bericht über den Stand der Technik wird auf der Grundlage der Patentansprüche unter angemessener Berücksichtigung der Beschreibung und der gegebenenfalls vorhandenen Zeichnungen erstellt.

Absatz 2a wurde zur Angleichung an den PCT-Entwurf neu aufgenommen. Er entspricht Art. 15 Abs. 3 PCT. Eine der Regel 33.3 entsprechende Bestimmung könnte in Vereinbarungen aufgenommen werden, die zwischen dem Europäischen Patentamt und dem Internationalen Patentinstitut zu treffen sind.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(3) Wird ein zusätzlicher Neuheitsbericht notwendig, insbesondere im Fall der Nichteinheitlichkeit der Anmeldung, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die in der Gebührenordnung vorgeschriebene Zusatzgebühr zu entrichten.</p> <p>(4) Werden die Gebühren nicht rechtzeitig entrichtet, so weist die Prüfungsstelle die europäische Patentanmeldung zurück.</p>	<p>(3) +</p> <p>(4) +</p>	<p>[(3) Wird ein zusätzlicher Bericht über den Stand der Technik notwendig, insbesondere im Fall der Nichteinheitlichkeit der Anmeldung, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebene Zusatzgebühr zu entrichten.]</p> <p>(4) * Werden die Gebühren nicht rechtzeitig entrichtet, so <u>weist die Prüfungsstelle</u> die europäische Patentanmeldung <u>zurück</u>.</p> <p><u>Bemerkung:</u></p> <p>Es soll geprüft werden, ob die Zurückweisung der Patentanmeldung nicht durch eine Fiktion ersetzt werden könnte, daß die Anmeldung als zurückgenommen gilt. Siehe auch Artikel 79 Absatz 2 und Artikel 100 Absatz 1 Buchstabe b).</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(3) +

(4) Werden die Gebühren nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

In Absatz 4 wurde entsprechend der Bemerkung zum Vor-entwurf von 1965 die Fiktion eingeführt, daß die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt, wenn die Gebühren nicht rechtzeitig entrichtet werden. Dies entspricht auch dem System des PCT-Entwurfs (vgl. Art. 14 Abs. 4). Siehe auch Art. 101 Abs. 1a dieser Vorschläge.

Artikel 79

Übersendung des Berichts über den Stand der Technik

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Nach Eingang des Neuheitsberichts übersendet die Prüfungsstelle dem Anmelder den Bericht unter gleichzeitiger Aufforderung, innerhalb einer Frist von drei Monaten die Gebühren für die Erteilung und für die Druckkosten gemäß der Gebührenordnung zu diesem Abkommen zu entrichten.</p>	<p>(1) +</p>	<p>(1) Nach Eingang des Berichts über den Stand der Technik übersendet die Prüfungsstelle dem Anmelder den Bericht unter gleichzeitigem Hinweis darauf, daß nach Ablauf einer /Frist von drei Monaten/ von ihr zu bestimmenden Frist/ das europäische Patent erteilt wird, sofern innerhalb dieser Frist die Gebühren für die Erteilung und für die Druckkosten gemäß der Gebührenordnung zu diesem Abkommen entrichtet werden.</p>
<p>(2) Werden die Erteilungsgebühr oder die Gebühr für die Druckkosten nicht rechtzeitig entrichtet, so weist die Prüfungsstelle die europäische Patentanmeldung zurück.</p>	<p>(2) +</p>	<p>(2)*Werden die Erteilungsgebühr oder die Gebühr für die Druckkosten nicht rechtzeitig entrichtet, so weist die Prüfungsstelle die europäische Patentanmeldung zurück.</p>

Bemerkung:

Siehe Bemerkung zu Artikel 78.

Übersendung des Berichts über den Stand der Technik

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Nach Eingang des Berichts über den Stand der Technik übersendet das Europäische Patentamt dem Anmelder den Bericht.

(2) - entfällt -

Bemerkung:

In Absatz 1 sollte "die Prüfungsstelle" durch "das Europäische Patentamt" ersetzt werden, da je nachdem, ob im Zeitpunkt des Eingangs des Berichts über den Stand der Technik ein Antrag auf Prüfung noch nicht oder bereits gestellt ist, das Verfahren von der Prüfungsstelle oder der Prüfungsabteilung durchgeführt wird. Siehe Vorbemerkung Nr. 6 sowie Art. 56 Abs. 1 und Art. 89 mit den Bemerkungen. Der Absatz könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Absatz 2 wurde gestrichen, da durch den Wegfall des vorläufigen europäischen Patents die Gebühren für seine Erteilung und seinen Druck entfallen. Anstelle der Patentschrift für das vorläufige europäische Patent (früher Art. 85) tritt nunmehr die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung (Art. 86a). Die Kosten für die Herstellung dieser Veröffentlichung sollten vom Anmelder getragen werden, jedoch sollte zur Beschleunigung des Verfahrens von einer gesonderten Anforderung dieser Kosten abgesehen werden. Die Kosten sollten vielmehr durch eine entsprechend zu bemessende Anmeldegebühr abgegolten werden. Aus diesem Grund ist vorgesehen, daß ein Teil der Anmeldegebühr zurückerstattet wird, falls es nicht zur Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung kommt (Art. 86a Abs. 1 c Satz 2).

Artikel 80

Teilung der Anmeldung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Der Anmelder kann die europäische Patentanmeldung teilen, indem er die Ansprüche beschränkt und für die auf diese Weise aus den Ansprüchen ausgeschiedenen Erfindungen Teilanmeldungen einreicht.</p> <p>(2) Die Beschränkung der Ansprüche hat zu erfolgen,</p> <p>a) vor Abschluß der in Artikel 76 vorgesehenen Prüfung oder</p> <p>b) innerhalb der in Artikel 79 genannten Frist.</p> <p>(3) Die Vorschrift des Artikels 82 Absatz 2 findet auf Ansprüche Anwendung, die gemäß Absatz 1 beschränkt worden sind.</p> <p>(4) Die Teilanmeldungen gelten als zu dem Zeitpunkt der ursprünglichen Anmeldung eingereicht und genießen gegebenenfalls das Prioritätsrecht, soweit der Gegenstand der Teilanmeldungen nicht über das hinausgeht, was</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p> <p>(4) +</p>	<p>(1) Der Anmelder kann die europäische Patentanmeldung teilen, indem er sie beschränkt und für die auf diese Weise aus der Anmeldung ausgeschiedenen Erfindungen Teilanmeldungen einreicht.</p> <p>(2) Die Beschränkung hat durch eine Änderung der Patentansprüche gemäß Artikel 81 Absatz 1 oder gegebenenfalls durch eine Verzichtserklärung auf einen Teil der Beschreibung oder der Zeichnungen zu erfolgen. <u>Sie ist vor Ablauf der in Artikel 79 Absatz 1 vorgesehenen Frist vorzunehmen.</u></p> <p>(3) Anstelle der ursprünglichen Anmeldung ist für das Schutzbegehren die geänderte Anmeldung insoweit maßgebend, als ihr Gegenstand nicht über das hinausgeht, was in der ursprünglichen Anmeldung beschrieben worden ist.</p> <p>(4) Die Teilanmeldungen gelten als zu dem Zeitpunkt der ursprünglichen Anmeldung eingereicht und genießen gegebenenfalls das Prioritätsrecht, soweit der Gegenstand der Teilanmeldungen nicht über</p>

Teilung der Anmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Der Anmelder kann, nachdem er den Bericht über den Stand der Technik erhalten hat, bis zur Stellung des Antrags auf Prüfung die europäische Patentanmeldung teilen, indem er sie beschränkt und für die auf diese Weise aus der Anmeldung ausgeschiedenen Erfindungen Teilanmeldungen einreicht.

(2) Die Beschränkung hat durch eine Änderung der Patentansprüche gemäß Artikel 81 Absatz 1 oder gegebenenfalls durch eine Verzichtserklärung auf einen Teil der Beschreibung oder der Zeichnungen zu erfolgen.

Bemerkung:

Dieser Artikel regelt die Teilung der europäischen Patentanmeldung nur bis zur Stellung des Antrags auf Prüfung; eine danach erfolgende Teilung der Anmeldung unterliegt Art. 98.

Die Absätze 2 bis 5 könnten in die Ausführungsordnung übernommen werden.

(3) +

(4) +

zu Artikel 80

- 2 -

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>in der ursprünglichen Anmeldung beschrieben worden ist, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Teilanmeldungen innerhalb einer Frist von zwei Monaten von der in Absatz 1 vorgesehenen Beschränkung an eingereicht worden sind.</p> <p>(5) Die in Artikel 68 Absatz 2 vorgesehene Anmeldegebühr ist für jede Teilanmeldung innerhalb einer Frist von einem Monat von ihrer Einreichung an zu entrichten.</p>	<p>(5) +</p>	<p>das hinausgeht, was in der ursprünglichen Anmeldung beschrieben worden ist, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Teilanmeldungen innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach der in Absatz 1 vorgesehenen Beschränkung eingereicht worden sind.</p> <p>(5) Die in Artikel 68 Absatz 2 vorgesehene Anmeldegebühr ist für jede Teilanmeldung innerhalb einer Frist von einem Monat nach ihrer Einreichung zu entrichten.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(5) +

Artikel 81
Änderung der Patentansprüche

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p><u>Art. 82</u></p> <p>(1) Während der in Artikel 79 vorgesehenen Frist kann der Anmelder der Prüfungsstelle mitteilen, daß er auf einen oder mehrere der ursprünglichen Ansprüche seiner Anmeldung verzichtet, oder der Prüfungsstelle eine neue Fassung seiner ursprünglichen Ansprüche oder eines Teils dieser Ansprüche vorlegen.</p> <p>(2) Macht der Anmelder von der in Absatz 1 vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch, so sind an Stelle der ursprünglichen Ansprüche insoweit die geänderten Ansprüche für das Schutzbegehren maßgebend, als der Gegenstand der letzteren nicht über das hinausgeht, was in der Anmeldung beschrieben worden ist.</p>	<p><u>Art. 82</u></p> <p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1)*<u>Während der in Artikel 79 Absatz 1 vorgesehenen Frist</u> kann der Anmelder der <u>Prüfungsstelle</u> mitteilen, daß er auf einen oder mehrere der ursprünglichen Patentansprüche seiner Anmeldung verzichtet, oder <u>der Prüfungsstelle</u> eine neue Fassung seiner ursprünglichen Patentansprüche oder eines Teils dieser Patentansprüche vorlegen.</p> <p>(2)*Macht der Anmelder von der in Absatz 1 vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch, so sind anstelle der ursprünglichen Patentansprüche insoweit die geänderten Patentansprüche für das Schutzbegehren maßgebend, als der Gegenstand der letzteren nicht über das hinausgeht, was in der Anmeldung beschrieben worden ist.</p> <p>(3) Sind die geänderten Patentansprüche durch den Bericht über den Stand der Technik offensichtlich nicht mehr gedeckt, so kann das Europäische Patentamt /beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag/ einen zusätzlichen Bericht einholen.</p> <p>Bemerkung:</p>

Änderung der Patentansprüche

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Der Anmelder kann, nachdem er den Bericht über den Stand der Technik erhalten hat, dem Europäischen Patentamt mitteilen, daß er auf einen oder mehrere der ursprünglichen Patentansprüche seiner Anmeldung verzichtet, oder dem Europäischen Patentamt eine neue Fassung seiner ursprünglichen Patentansprüche oder eines Teils dieser Patentansprüche vorlegen.

(2) +

(3) +

Bemerkung:

Im Vorentwurf von 1965 war eine Änderung der Patentansprüche der Anmeldung nur möglich in dem Zeitraum zwischen der Übermittlung des Berichts über den Stand der Technik und der Zahlung der Gebühren für die Herausgabe des vorläufigen europäischen Patents (Art. 81 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 79 Abs. 1). Die Änderung der Patentansprüche des vorläufigen europäischen Patents war nur nach Stellung eines Antrags auf Prüfung im Prüfungsverfahren möglich.

Infolge des Wegfalls des vorläufigen europäischen Patents und im Hinblick darauf, daß die europäische Patentanmeldung nach Ablauf der 18 Monate auch dann veröffentlicht werden sollte, wenn der Bericht über den Stand der Technik noch nicht vorliegt, sollte nunmehr die Möglichkeit des Anmelders, nach Erhalt des Berichts über den Stand der Technik die Patentansprüche zu ändern, zeitlich nicht begrenzt werden.

Erfolgt die Änderung der Patentansprüche vor der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung, so werden sowohl die geänderten wie auch die ursprünglichen Patentansprüche mit der europäischen Patentanmeldung veröffentlicht (Art. 86a Absatz 1 b). Ändert der Anmelder die Patentansprüche nach der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung, so sollten die geänderten Patentansprüche

Vorschlag des Vorsitzenden

lediglich zu den Akten genommen werden, deren Einsicht jedermann freisteht. Der Öffentlichkeit würden die Ansprüche in ihrer geänderten Form erst im Prüfungsverfahren durch die Bekanntmachung der Patentansprüche gemäß Art. 96 bekannt werden, sofern das Europäische Patentamt sie in dieser Form für gewährbar hält. Nach der Bekanntmachung der Patentansprüche gemäß Art. 96 sollte eine Änderung der Patentansprüche nur noch möglich sein, wenn durch die Änderung der Schutzbereich nicht erweitert wird (vgl. den neuen Art. 97 b).

In Absatz 1 wurden die Worte "der Prüfungsstelle" durch "dem Europäischen Patentamt" ersetzt, weil das Verfahren bereits auf die Prüfungsabteilung übergegangen sein kann (siehe Vorbemerkung Nr. 6 und Bemerkung zu Art. 56).

Artikel 82

Änderung der Unterlagen

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p><u>Art. 81</u></p> <p>Vorbehaltlich der in den Artikeln 80 und 82 vorgesehenen Änderung der Ansprüche ist eine Änderung der Beschreibung der Erfindung und der Zeichnungen einer europäischen Patentanmeldung nur zulässig, soweit es sich um die Berichtigung von Schreibfehlern, sprachlichen Fehlern und offensichtlichen Unrichtigkeiten handelt.</p>	<p><u>Art. 81</u></p> <p>+</p>	<p>Unbeschadet der Artikel 77 Absatz 1, 80 und 81 ist eine Änderung der Beschreibung, der Patentansprüche oder der Zeichnungen einer europäischen Patentanmeldung nur zulässig, soweit es sich um die Berichtigung von Schreibfehlern, sprachlichen Fehlern oder offensichtlichen Unrichtigkeiten handelt.</p> <p><u>Bemerkung:</u></p> <p>Alter Artikel 81</p>

Artikel 82

Änderung der Unterlagen

Vorschlag des Vorsitzenden

+

Artikel 83
Anhörung vor der Prüfungsstelle

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Die Prüfungsstelle hört den Anmel- der oder sonstige Beteiligte von Amts wegen oder auf Antrag, wenn sie dies für sachdienlich erachtet.	+	Die Prüfungsstelle hört den Anmelder von Amts wegen oder auf Antrag, wenn sie dies für sach- dienlich erachtet.

Artikel 83

Anhörung vor der Prüfungsstelle

Vorschlag des Vorsitzenden

+

Artikel 84

Erteilung des vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Sind die Gebühren für die Erteilung und die Druckkosten entrichtet, so erteilt die Prüfungsstelle durch Beschluß das vorläufige europäische Patent.</p> <p>(2) Die Erteilung des vorläufigen europäischen Patents wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.</p>	<p>(1) Werden die in Artikel 34 Absatz 5 vorgesehenen Übersetzungen von dem Anmelder vorgelegt und sind die Gebühren für die Erteilung und notwendigen Druckkosten entrichtet, so erteilt die Prüfungsstelle das europäische Patent.</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Nach Ablauf der in Artikel 79 Absatz 1 vorgesehenen Frist erteilt die Prüfungsstelle das vorläufige europäische Patent, sofern die Gebühren für die Erteilung und für die Druckkosten entrichtet worden sind.</p> <p>(2)*Die Erteilung des vorläufigen europäischen Patents wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.</p>

Artikel 84

Erteilung des vorläufigen europäischen Patents

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt -

Bemerkung:

Der Artikel entfällt, da entsprechend dem Memorandum (II 2 c cc) auf die Erteilung eines vorläufigen europäischen Patents verzichtet werden soll.

Artikel 85

Veröffentlichung des vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Das Europäische Patentamt gibt gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents eine gedruckte Patentschrift heraus, welche die Beschreibung der Erfindung einschließlich der Zeichnungen, gegebenenfalls geänderte Ansprüche oder einen Verzicht gemäß Artikel 82 Absatz 1 und als Anlage den Bericht über die Neuheit der Erfindung enthält.</p>	<p>(1) +</p>	<p>(1) Das Europäische Patentamt gibt gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents eine gedruckte Patentschrift heraus, die die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen sowie als Anlage den Bericht über den Stand der Technik enthält. Im Fall der Anwendung der Artikel 80 oder 81 enthält die Patentschrift unter den in der Ausführungsordnung festgelegten Bedingungen die frühere Fassung der Ansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen.</p>
<p>(2) Auf der Patentschrift wird vermerkt, daß das vorläufige europäische Patent nur nach einer beschränkten Prüfung gemäß Artikel 76 erteilt wird, die sich insbesondere nicht auf die Neuheit der Erfindung erstreckt und nur einen vorläufigen Schutz gewährt.</p>	<p>(2) +</p>	<p>(2) * Auf der Patentschrift wird vermerkt, daß das vorläufige europäische Patent nur nach einer beschränkten Prüfung gemäß Artikel 76 erteilt wird, die sich insbesondere nicht auf die Neuheit der Erfindung erstreckt und nur einen vorläufigen Schutz gewährt.</p>
	<p>(3) Auf der Patentschrift werden auch die Länder vermerkt, auf die sich das Patent zur Zeit der Erteilung erstreckt.</p>	

Veröffentlichung des vorläufigen europäischen Patents

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt; s. Art. 86a -

Bemerkung:

Der Artikel entfällt, da entsprechend dem Memorandum (II 2 c cc) auf die Erteilung eines vorläufigen europäischen Patents verzichtet werden soll. An die Stelle der Veröffentlichung des vorläufigen europäischen Patents tritt nunmehr die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung (Art. 86a).

Artikel 86

Amtliche Urkunde über das vorläufige europäische Patent

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Sobald die Patentschrift herausgegeben worden ist, stellt das Europäische Patentamt dem Patentinhaber die Urkunde über das vorläufige europäische Patent aus, der als Anlage die Patentschrift beigelegt ist.</p> <p>(2) In der Patenturkunde wird bescheinigt, daß das vorläufige europäische Patent für die in der Patentschrift beschriebene Erfindung der in der Urkunde benannten Person erteilt worden ist.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Sobald die Patentschrift herausgegeben worden ist, stellt das Europäische Patentamt dem Patentinhaber eine amtliche Urkunde über das vorläufige europäische Patent aus, der als Anlage die Patentschrift beigelegt ist.</p> <p>(2) In der amtlichen Urkunde wird bescheinigt, daß das vorläufige europäische Patent für die in der Patentschrift beschriebene Erfindung der in der amtlichen Urkunde benannten Person erteilt worden ist.</p>

Artikel 86

Amtliche Urkunde über das vorläufige europäische Patent

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt -

Bemerkung:

Siehe die Bemerkung zu Art. 85.

Artikel 86a

Offenlegung vor der Bekanntmachung der Erteilung
des vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
		<p>(1) Europäische Patentanmeldungen <u>oder Patente</u> werden nach Ablauf einer Frist von 18 Monaten nach der Einreichung der Patentanmeldung oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätszeitpunkt <u>der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ist nach Ablauf dieser Frist die Erteilung des vorläufigen europäischen Patents noch nicht bekanntgemacht, so erfolgt die Offenlegung im Wege der Akten-einsicht unter den in Artikel 162 Absatz 2 und 3 vorgesehenen Vor-</u> <u>aussetzungen.</u></p>

Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die europäischen Patentanmeldungen werden nach Ablauf von 18 Monaten nach der Einreichung der Patentanmeldung oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätszeitpunkt veröffentlicht. Die Veröffentlichung enthält die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen sowie als Anlage den Bericht über den Stand der Technik, sofern dieser zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vorliegt.

(1a) In der Veröffentlichung werden die gemäß Artikel 68a benannten Vertragsstaaten aufgeführt.

(1b) Ist die europäische Patentanmeldung vor der Veröffentlichung gemäß Artikel 80 geteilt oder sind die Patentansprüche gemäß Artikel 81 geändert worden, so werden in der Veröffentlichung außer den geänderten Patentansprüchen auch die ursprünglichen Patentansprüche aufgeführt.

Bemerkung:

Entsprechend dem Memorandum (II 2 c cc) soll eine Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung 18 Monate nach dem Prioritätszeitpunkt erfolgen. Der Vorentwurf von 1965 ging davon aus, daß die Öffentlichkeit über die angemeldete Erfindung im Regelfall durch die Herausgabe der Patentschrift des vorläufigen europäischen Patents (früher Art. 85 Abs. 1) unterrichtet wird. Nur in den Fällen, in denen sich die Herausgabe der Patentschrift verzögern würde, sollte eine Offenlegung der Patentanmeldung gemäß Art. 86a Abs. 1 der Öffentlichkeit eine erste Information über die angemeldete Erfindung ermöglichen. An die Stelle der Patentschrift des vorläufigen europäischen Patents sollte nun eine europäische Patentanmeldung enthaltende Schrift treten. Dementsprechend lehnt sich Absatz 1 Satz 2 an den früheren Art. 85 Abs. 1 Satz 1 an.

Absatz 1 b entspricht dem früheren Art. 85 Abs. 1 Satz 2.

Zu der in Absatz 1 c Satz 2 vorgesehenen teilweisen Rückvergütung der Anmeldegebühr siehe die Bemerkung zu Art. 79.

Die Vorschriften dieses Artikels könnten von Absatz 1 Satz 2 an in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
		<p>(2) Ein Hinweis auf die <u>in Absatz 1 vorgesehene Offenlegung</u> wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1c) Die Veröffentlichung unterbleibt, wenn die europäische Patentanmeldung vor Abschluß der technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung rechtskräftig zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt. In diesem Fall wird dem Anmelder ein Drittel der Anmeldegebühr zurückgezahlt.

(2) Ein Hinweis auf die Veröffentlichung wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Bekanntmachung der Erledigung einer Patentanmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

Wird eine gemäß Artikel 86a veröffentlichte europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen oder gilt sie als zurückgenommen, so wird ein Hinweis darauf in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Bemerkung:

Art. 125 Abs. 1 der Vorentwürfe von 1962 und 1965 sahen verschiedene Fälle des Erlöschens des vorläufigen europäischen Patents vor. Nach Absatz 3 der genannten Vorschrift war das Erlöschen des vorläufigen europäischen Patents in das europäische Patentregister einzutragen und im Europäischen Patentblatt bekanntzumachen. Durch den neu vorgeschlagenen Artikel 86 b sollte für die entsprechenden Fälle, daß die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen wird oder als zurückgenommen gilt, eine entsprechende Bestimmung getroffen werden, die jedoch in die Ausführungsordnung übernommen werden könnte.

Artikel 87

Beginn des Schutzes

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Der durch das vorläufige europäische Patent gewährte Schutz tritt mit dem Tag der Bekanntmachung der Erteilung ein.	+	Der durch das vorläufige europäische Patent gewährte Schutz tritt mit dem Tag der Bekanntmachung der Erteilung ein. In dem in Artikel 86a vorgesehenen Fall wirkt jedoch der Schutz auf den Tag zurück, von dem ab die dort vorgesehene Einsicht in die Akten der Patentanmeldung oder des Patents möglich war.

Artikel 87
Beginn des Schutzes

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt -

Bemerkung:

Der Artikel entfällt, da entsprechend dem Memorandum (II 2 c cc) auf die Erteilung eines vorläufigen europäischen Patents verzichtet werden soll. Bezüglich des einstweiligen Schutzes der europäischen Patentanmeldung siehe die Vorschläge zu Art. 20^{bis} in der ersten Arbeitsunterlage.

Artikel 87a

Einwendungen gegen die Gültigkeit des vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p><u>Art. 92</u></p> <p>(1) Nach der Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents kann jeder Dritte seine Einwendungen gegen die Gültigkeit dieses Patents erheben. Die Einwendungen sind schriftlich einzureichen und zu begründen.</p> <p>(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen Einwendungen werden dem Patentinhaber mitgeteilt.</p>	<p><u>Art. 92</u></p> <p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) * Nach der <u>Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents</u> kann jeder Dritte seine Einwendungen gegen die <u>Gültigkeit dieses Patents</u> erheben. Die Einwendungen sind schriftlich einzureichen und zu begründen.</p> <p>(2) * Die in Absatz 1 vorgesehenen Einwendungen werden dem <u>Patentinhaber</u> mitgeteilt.</p> <p><u>Bemerkung:</u> Alter Artikel 92</p>

Einwendungen gegen die Patentierbarkeit der angemeldeten Erfindung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Nach der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung kann jeder Dritte seine Einwendungen gegen die Patentierbarkeit der angemeldeten Erfindung erheben. Die Einwendungen sind schriftlich einzureichen und zu begründen.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen Einwendungen werden dem Anmelder mitgeteilt.

Bemerkung:

Diese im Vorentwurf von 1962 als Art. 92 und im Vorentwurf von 1965 als Art. 87 a enthaltene Bestimmung sah vor, daß jedermann schriftliche Einwendungen gegen die Gültigkeit des vorläufigen europäischen Patents einreichen konnte. Infolge des Wegfalls des vorläufigen europäischen Patents waren daher statt der Worte "Gültigkeit dieses Patents" die Worte "Patentierbarkeit der angemeldeten Erfindung" zu set

KAPITEL II
BESTÄTIGUNG DES VORLÄUFIGEN EUROPÄISCHEN
PATENTS ALS ENDGÜLTIGES EUROPÄISCHES PATENT

Artikel 88
Antrag auf Prüfung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Das Europäische Patentamt prüft auf Antrag, ob das vorläufige europäische Patent, die Erfindung, die Gegenstand dieses Patents ist und die veröffentlichte Beschreibung den Vorschriften dieses Abkommens genügen.</p>	(1) +	<p>(1) <u>Das vorläufige europäische Patent</u> wird vom Europäischen Patentamt auf Antrag geprüft.</p>
<p>(2) Der Antrag kann von dem Inhaber des vorläufigen europäischen Patents oder von jedem Dritten innerhalb von fünf Jahren nach dem Tag der Bekanntmachung der Erteilung gestellt werden. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebene Prüfungsgebühr entrichtet worden ist.</p>	(2) +	<p>(2) * Der Antrag kann von dem <u>Inhaber des vorläufigen europäischen Patents</u> oder von jedem Dritten <u>innerhalb von fünf Jahren nach der Bekanntmachung der Erteilung</u> gestellt werden. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebene Prüfungsgebühr entrichtet worden ist.</p>
<p>(3) Der Antrag kann nicht zurückgenommen werden.</p>	(3) +	<p>(3) Wird der Antrag von dem <u>Inhaber des vorläufigen europäischen Patents</u> gestellt, so soll dieser mit dem Antrag zu dem Bericht über den Stand der Technik und zu den ihm mitgeteilten Einwendungen Stellung nehmen und gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen ändern.</p>

KAPITEL II
NEUHEITSPRÜFUNG

Artikel 88

Antrag auf Prüfung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Das Europäische Patentamt prüft auf Antrag, ob die europäische Patentanmeldung und die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Abkommens genügen.

(2) Der Antrag kann vom Anmelder oder von jedem Dritten bis zum Ablauf von $\left[\text{x} \right]$ Jahren nach der Einreichung der europäischen Patentanmeldung gestellt werden. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebene Prüfungsgebühr entrichtet worden ist.

(3) Wird der Antrag vom Anmelder gestellt, so soll dieser mit dem Antrag zu dem Bericht über den Stand der Technik und zu den ihm mitgeteilten Einwendungen Stellung nehmen und gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen ändern.

Bemerkung:

In Absatz 1 wurde der bisherige Art. 94 Abs. 2 übernommen; dies entspricht der Regelung im Vorentwurf von 1962. Da die europäische Patentanmeldung zwei verschiedenen Prüfungen unterliegt - einer Formalprüfung gemäß Art. 76 ohne Antrag und einer Neuheitsprüfung gemäß Art. 88 auf Antrag -, schien es zweckmäßig, zu Beginn des Artikels 88 zu sagen, worauf sich die Prüfung nach Artikel 88 erstreckt.

Da das Memorandum (II 2 b) zwar von dem Grundsatz der verschobenen Prüfung ausgeht, hierfür aber noch keine bestimmte Frist vorsieht, wurde in Absatz 2 die Dauer der Frist offengelassen. Diese Frage sollte zunächst mit den interessierten Kreisen erörtert werden. Als Fristbeginn sollte die Einreichung der europäischen Patentanmeldung gewählt werden.

In Absatz 3 ist der Fall geregelt, daß der Anmelder den Prüfungsantrag zu einem Zeitpunkt stellt, in dem der Bericht über den Stand der Technik ihm schon vorliegt. Der Absatz könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden. Die weiteren Fälle, daß der Anmelder den Prüfungsantrag zu einem früheren Zeitpunkt stellt oder daß ein Dritter den Prüfungsantrag stellt, sind in Art. 90 a geregelt.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(4) Ist ein Antrag auf Prüfung gemäß Absatz 2 eingereicht worden, so gelten spätere Anträge auf Prüfung als nicht eingegangen und werden entrichtete Gebühren zurückgezahlt, wobei die Bestimmungen des Artikels 91 Absatz 2 vorbehalten bleiben.</p>	<p>(4) +</p>	<p>(4) * Der Antrag kann nicht zurückgenommen werden.</p> <p>(5) Ist ein Antrag auf Prüfung gemäß Absatz 2 eingereicht worden, so gelten spätere Anträge auf Prüfung als nicht eingegangen. Entrichtete Gebühren werden zurückgezahlt.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(3a) Wird der Antrag für die Anmeldung eines europäischen Zusatzpatents gestellt, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Zustellung der Aufforderung für die Anmeldung des Hauptpatents einen Antrag nach Absatz 1 zu stellen. Wird der Antrag nicht gestellt, so gilt die Anmeldung des europäischen Zusatzpatents als Anmeldung eines selbständigen europäischen Patents.

(4) +

(5) +

(6) Wird bis zum Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist ein Antrag auf Prüfung nicht gestellt, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

In Absatz 3a wird eine Lösung vorgeschlagen, durch die verhindert werden sollte, daß Zusatzpatentanmeldungen ohne die Hauptanmeldung geprüft werden müssen. Eine solche Regelung erscheint zweckmäßig, weil die Beurteilung der Patentierbarkeit der in einer Zusatzpatentanmeldung enthaltenen Erfindung von der Beurteilung der Patentierbarkeit der in der Hauptanmeldung enthaltenen Erfindung abhängt.

In Absatz 6 sollte der im Memorandum (II 2 c dd) vorgesehene Fall geregelt werden, daß innerhalb der vorgeschriebenen Frist kein Prüfungsantrag gestellt wird. In diesem Fall gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen. Dies

Vorschlag des Vorsitzenden

entspricht der früheren Lösung für das vorläufige europäische Patent, nach der dieses Patent gemäß Art. 125 Abs. 1 erlöschen sollte.

Artikel 89

Übergang des Verfahrens auf die Prüfungsabteilung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Sobald ein Antrag auf Prüfung des vorläufigen europäischen Patents gestellt ist, geht das Verfahren auf die Prüfungsabteilung über.	+	* Sobald ein Antrag auf Prüfung <u>des vorläufigen europäischen Patents</u> gestellt ist, geht das Verfahren auf die Prüfungsabteilung über.

Übergang des Verfahrens auf die Prüfungsabteilung

Vorschlag des Vorsitzenden

Sobald ein Antrag auf Prüfung der europäischen Patentanmeldung gestellt ist, geht das Verfahren auf die Prüfungsabteilung über, jedoch nicht vor Eingang des Berichts über den Stand der Technik.

Bemerkung:

Dieser Artikel entspricht inhaltlich Art. 56 Abs. 1. Sobald die Arbeitsgruppe die Frage der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Prüfungsstelle und Prüfungsabteilung entschieden hat (siehe Vorbemerkung Nr. 6 und Bemerkung zu Art. 56), wären die Zuständigkeitsabgrenzung in Artikel 56 Abs. 1 und der Verfahrensübergang in Art. 89 besser aufeinander abzustimmen. Möglicherweise könnte die Zuständigkeit in Art. 56 vom Verfahrensübergang gemäß Art. 89 abhängig gemacht werden.

Artikel 90
Bekanntmachung des Prüfungsantrags

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
(1) Der Antrag auf Prüfung des vorläufigen europäischen Patents wird im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.	(1) +	(1) Ein Hinweis auf den Antrag auf Prüfung <u>des vorläufigen europäischen Patents</u> wird in das <u>europäische Patentregister</u> eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.
(2) Der Antrag wird dem Patentinhaber mitgeteilt, sofern er den Antrag nicht selbst gestellt hat.	(2) +	(2) - gestrichen -

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Ein Hinweis auf den Antrag auf Prüfung der europäischen Patentanmeldung wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

(2) Der Antrag wird dem Anmelder mitgeteilt, sofern er den Antrag nicht selbst gestellt hat.

Bemerkung:

Dieser Artikel könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Artikel 90a

Stellungnahme des Inhabers des vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EEA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
		Hat der <u>Inhaber des vorläufigen europäischen Patents</u> den Prüfungsantrag nicht selbst gestellt, so wird ihm das <u>Vorliegen des Antrags mitgeteilt</u> unter gleichzeitiger Aufforderung, innerhalb einer <u>Frist von drei Monaten</u> zu dem Bericht über den Stand der Technik und zu den ihm mitgeteilten Einwendungen Stellung zu nehmen und gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen zu ändern.

Stellungnahme des Anmelders der europäischen Patentanmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

Hat der Anmelder den Antrag auf Prüfung gestellt, bevor ihm der Bericht über den Stand der Technik zugegangen ist, oder hat der Anmelder den Antrag auf Prüfung nicht selbst gestellt, so fordert das Europäische Patentamt ihn auf, innerhalb einer zu bestimmenden Frist zu dem Bericht über den Stand der Technik und zu den ihm mitgeteilten Einwendungen Stellung zu nehmen und gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen zu ändern.

Bemerkung:

Dieser Artikel ist eine Ergänzung zu Art. 88 Abs. 3. Er behandelt zwei Fälle, in denen eine Stellungnahme des Anmelders zum Bericht über den Stand der Technik und zu mitgeteilten Einwendungen eingeholt wird.

Diese Bestimmung sollte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Artikel 91

Antrag auf Anschluß

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der Bekanntmachung des Antrags auf Prüfung kann sich jeder Dritte, der einen Antrag auf Anschluß einreicht, dem Prüfungsverfahren anschließen. Der Antrag auf Anschluß gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebene Anschlußgebühr entrichtet worden ist.</p> <p>(2) Ein Dritter, der einen Antrag auf Prüfung nach Eingang des ersten Antrags eingereicht hat, wird durch einen Bescheid des Europäischen Patentamts über das Vorliegen des ersten Prüfungsantrags unterrichtet. Er kann innerhalb von drei Monaten nach dieser Unterrichtung seines Antrags auf Prüfung in einen Antrag auf Anschluß umwandeln. Der Unterschiedsbetrag zwischen Antragsgebühr und Anschlußgebühr wird zurückgezahlt.</p> <p>(3) Der Antrag auf Anschluß wird dem Patentinhaber mitgeteilt.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p>	<p>- gestrichen -</p>

Antrag auf Anschluß

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt -

Artikel 92

Einwendungen gegen die Gültigkeit des vorläufigen
europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
(1) Nach der Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents kann jeder Dritte seine Einwendungen gegen die Gültigkeit dieses Patents erheben. Die Einwendungen sind schriftlich einzureichen und zu begründen.	(1) +	- gestrichen; übernommen in Art.87a -
(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen Einwendungen werden dem Patentinhaber mitgeteilt.	(2) +	

Einwendungen gegen die Gültigkeit des vorläufigen
europäischen Patents

Vorschlag des Vorsitzenden

- übernommen in Art. 87a -

Artikel 93

Stellungnahme des Inhabers des vorläufigen europäischen
Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Nach Ablauf der in Artikel 91 Absatz 1 genannten Frist fordert die Prüfungsabteilung den Inhaber des vorläufigen europäischen Patents auf, innerhalb einer Frist von drei Monaten zu dem Neuheitsbericht und den ihm mitgeteilten Einwendungen Stellung zu nehmen und gegebenenfalls die Beschreibung zu ändern.	+	- gestrichen -

Stellungnahme des Inhabers des vorläufigen euro-
päischen Patents

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt -

Artikel 93a

Beschränkung der Änderung der Ansprüche

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
		<p>Die Patentansprüche des vorläufigen europäischen Patents dürfen im Laufe des Prüfungsverfahrens nicht in der Weise geändert werden, daß der Schutzbereich des Patents erweitert wird.</p>

Beschränkung der Änderung der Ansprüche

Vorschlag des Vorsitzenden

- übernommen in den Art. 97b -

Artikel 94

Prüfung des vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Prüfungsabteilung beginnt mit der Prüfung des vorläufigen europäischen Patents nach Eingang der Stellungnahme des Patentinhabers oder, wenn eine solche nicht eingeht, spätestens jedoch nach Ablauf der in Artikel 93 vorgesehenen Frist.</p> <p>(2) Die Prüfungsabteilung prüft, ob das vorläufige europäische Patent und die Erfindung, die Gegenstand dieses Patents ist, sowie die veröffentlichte Beschreibung den Vorschriften dieses Abkommens genügen.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Die Prüfungsabteilung beginnt mit der Prüfung <u>des vorläufigen europäischen Patents</u> nach Eingang des Prüfungsantrags oder, <u>falls der Prüfungsantrag nicht von dem Patentinhaber gestellt worden ist</u>, nach Ablauf der in Artikel 90a genannten Frist. An dem Verfahren vor der Prüfungsabteilung ist nur der <u>Patentinhaber</u> beteiligt.</p> <p>(2) Die Prüfungsabteilung prüft, ob die Erfindung, die Gegenstand des vorläufigen europäischen Patents ist, sowie die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen, die veröffentlicht sind, den Erfordernissen dieses Abkommens genügen.</p> <p>(3) Die Prüfungsabteilung kann <u>beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag</u> einen zusätzlichen Bericht über den Stand der Technik einholen.</p>

Prüfung der europäischen Patentanmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die Prüfungsabteilung beginnt mit der Prüfung der europäischen Patentanmeldung nach Eingang des Antrags auf Prüfung, wenn der Anmelder zu dem Bericht über den Stand der Technik und den ihm mitgeteilten Einwendungen Stellung genommen hat oder die gemäß Artikel 90a bestimmte Frist abgelaufen ist. An dem Verfahren vor der Prüfungsabteilung ist nur der Anmelder beteiligt.

(2) - übernommen in Art. 88 Abs. 1 -

(3) Die Prüfungsabteilung kann beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag einen zusätzlichen Bericht über den Stand der Technik einholen. Art. 78 Absatz 3 findet entsprechende Anwendung.

Bemerkung:

In Absatz 1 wird der Fall berücksichtigt, daß der Bericht über den Stand der Technik auch nach Stellung des Prüfungsantrags eingehen kann.

Absatz 3 sollte mit Rücksicht auf Art. 78 Abs. 3 ergänzt werden, um auch hier die Erhebung der dort vorgesehenen Zusatzgebühr zu ermöglichen. Dieser Absatz könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Artikel 95
Prüfungsbescheid

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Ergibt die Prüfung des vorläufigen europäischen Patents, daß das vorläufige europäische Patent, die Erfindung, die Gegenstand dieses Patents ist, und die veröffentlichte Beschreibung den Vorschriften dieses Abkommens ganz oder teilweise nicht genügen, so teilt die Prüfungsabteilung dies dem Patentinhaber mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme einzureichen oder die gerügten Mängel zu beseitigen sowie gegebenenfalls eine geänderte Beschreibung vorzulegen.</p> <p>(2) Der Prüfungsbescheid ist mit Gründen zu versehen und soll alle Gründe zusammenfassen, die der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent entgegenstehen.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Ergibt die Prüfung <u>des vorläufigen europäischen Patents</u>, daß die in Artikel 94 Absatz 2 vorgesehenen Erfordernisse nicht erfüllt sind, so teilt die Prüfungsabteilung dies dem <u>Patentinhaber</u> mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme einzureichen oder die gerügten Mängel zu beseitigen, sowie gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen in geänderter Form vorzulegen.</p> <p>(2) * Der Prüfungsbescheid ist zu begründen; er soll alle Gründe zusammenfassen, die der <u>Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent</u> entgegenstehen.</p>

Prüfungsbescheid

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Ergibt die Prüfung der europäischen Patentanmeldung, daß die in Artikel 88 Absatz 1 vorgesehenen Erfordernisse nicht erfüllt sind, so teilt die Prüfungsabteilung dies dem Anmelder mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme einzureichen oder die gerügten Mängel zu beseitigen, sowie gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen in geänderter Form vorzulegen.

(2) Der Prüfungsbescheid ist zu begründen; er soll alle Gründe zusammenfassen, die der Erteilung des europäischen Patents entgegenstehen.

Bemerkung:

Ein Teil dieses Artikels könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Bekanntmachung der Patentansprüche

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, daß das vorläufige europäische Patent, die Erfindung, die Gegenstand dieses Patents ist, und die veröffentlichte Beschreibung unter Berücksichtigung der vom Patentinhaber vorgenommenen Änderungen den Vorschriften dieses Abkommens genügen, so teilt sie dem Patentinhaber und den Beteiligten mit, daß sie das vorläufige europäische Patent ganz oder teilweise zu bestätigen beabsichtigt. Die Beteiligten können innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist Einwendungen erheben, die schriftlich einzureichen und mit Gründen zu versehen sind.</p> <p>(2) Beteiligte im Sinne des Absatzes 1 sind diejenigen Dritten, die einen Antrag auf Prüfung nach Artikel 88 gestellt oder sich einem Antrag auf Prüfung nach Artikel 91 angeschlossen haben.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, daß die in Artikel 94 Absatz 2 vorgesehenen Erfordernisse erfüllt sind, so teilt sie dem <u>Patentinhaber</u> und gegebenenfalls dem Dritten, der den Prüfungsantrag gestellt hat, mit, in welcher Fassung sie das <u>vorläufige</u> europäische Patent zu <u>bestätigen</u> beabsichtigt.</p> <p>(2) In einer Mitteilung im Europäischen Patentblatt wird bekanntgemacht, daß die Prüfungsabteilung beabsichtigt, das <u>vorläufige</u> europäische Patent zu <u>bestätigen</u> und welche Patentansprüche die Prüfungsabteilung für gewährbar hält. Ein Hinweis auf diese Bekanntmachung wird im europäischen Patentregister eingetragen.</p>

Bekanntmachung der Patentansprüche

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, daß die in Artikel 88 Absatz 1 vorgesehenen Erfordernisse erfüllt sind, so teilt sie dem Anmelder und gegebenenfalls dem Dritten, der den Prüfungsantrag gestellt hat, mit, in welcher Fassung sie das europäische Patent zu erteilen beabsichtigt.

Bemerkung:

(2) In einer Mitteilung im Europäischen Patentblatt wird bekanntgemacht, daß die Prüfungsabteilung beabsichtigt, das europäische Patent zu erteilen und welche Patentansprüche die Prüfungsabteilung für gewährbar hält. Ein Hinweis auf diese Bekanntmachung wird im europäischen Patentregister eingetragen.

Absatz 2 Satz 2 könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
(3) Die Prüfungsabteilung teilt nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist dem Patentinhaber die in Absatz 1 vorgesehenen Einwendungen mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist zu diesen Einwendungen Stellung zu nehmen.	(3) +	

Vorschlag des Vorsitzenden

(3) Ist die europäische Patentanmeldung noch nicht gemäß Artikel 86a veröffentlicht, so wird gleichzeitig mit der Bekanntmachung nach Absatz 2 eine Veröffentlichung herausgegeben, die die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen enthält.

Absatz 3 regelt den Fall, daß die Patentansprüche infolge eines schnellen Prüfungsverfahrens vor der Veröffentlichung gemäß Art. 86a bekanntgemacht werden. Da jedoch die Anmeldung der Öffentlichkeit noch nicht bekannt ist, sollte gleichzeitig eine entsprechende Schrift herausgegeben werden.

Artikel 96a

Einspruch

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
		<p>(1) Innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dem Tag der Bekanntmachung gemäß Artikel 96 Absatz 2 kann jedermann beim Europäischen Patentamt gegen die <u>Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents</u> Einspruch einlegen. Der Einspruch ist schriftlich einzureichen und mit Gründen zu versehen. Der Einspruch gilt erst als eingelegt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgesehene Gebühr entrichtet worden ist. Eine Gebühr für den Einspruch ist nicht zu entrichten, wenn der Einspruch von dem Dritten eingelegt wird, der den Prüfungsantrag gestellt hat.</p> <p>(2) Diejenigen Dritten, die Einspruch gemäß Absatz 1 eingelegt haben, sind neben dem <u>Patentinhaber</u> am Prüfungsverfahren beteiligt.</p> <p>(3) Die Prüfungsabteilung teilt dem <u>Patentinhaber</u> die eingegangenen Einsprüche mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist dazu Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme des <u>Patentinhabers</u> wird den übrigen Beteiligten mitgeteilt.</p>

Einspruch

Vorschlag des Vorstizenden

(1) Innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dem Tag der Bekanntmachung gemäß Artikel 96 Absatz 2 kann jedermann beim Europäischen Patentamt gegen die Erteilung des europäischen Patents Einspruch einlegen. Der Einspruch ist schriftlich einzureichen und mit Gründen zu versehen. Der Einspruch gilt erst als eingelegt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgesehene Gebühr entrichtet worden ist. Eine Gebühr für den Einspruch ist nicht zu entrichten, wenn der Einspruch von dem Dritten eingelegt wird, der den Prüfungsantrag gestellt hat.

Bemerkung:

(2) Diejenigen Dritten, die Einspruch gemäß Absatz 1 eingelegt haben, sind neben dem Anmelder am Prüfungsverfahren beteiligt.

(3) Die Prüfungsabteilung teilt dem Anmelder die eingegangenen Einsprüche mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist dazu Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme des Anmelders wird den übrigen Beteiligten mitgeteilt.

Absatz 3 könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Artikel 97

Prüfungsbescheid im Einspruchsverfahren

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Ist die Prüfungsabteilung nach Prüfung der Einwendungen gemäß Artikel 96 der Auffassung, daß das vorläufige europäische Patent nicht in dem Umfang als endgültiges europäisches Patent bestätigt werden kann, der sich aus der Mitteilung gemäß Artikel 96 Absatz 1 ergibt, so richtet sich das weitere Verfahren nach Artikel 95.</p>	<p>(1) +</p>	<p>Ist die Prüfungsabteilung nach Prüfung der Einsprüche der Auffassung, daß das <u>vorläufige</u> europäische Patent nicht in der gemäß Artikel 96 Absatz 1 mitgeteilten Fassung <u>als endgültiges europäisches Patent bestätigt</u> werden kann, so findet Artikel 95 entsprechende Anwendung. Der Prüfungsbescheid und die Stellungnahme des <u>Patentinhabers</u> werden den übrigen <u>Beteiligten</u> mitgeteilt.</p>
<p>(2) In dem in Absatz 1 vorgesehenen Fall findet das Verfahren der Beteiligung Dritter gemäß Artikel 96 Anwendung, wenn die Prüfungsabteilung dies für sachdienlich hält.</p>	<p>(2) +</p>	

Prüfungsbescheid im Einspruchsverfahren

Vorschlag des Vorsitzenden

Ist die Prüfungsabteilung nach Prüfung der Einsprüche der Auffassung, daß das europäische Patent nicht in der gemäß Artikel 96 Absatz 1 mitgeteilten Fassung erteilt werden kann, so findet Artikel 95 entsprechende Anwendung. Der Prüfungsbescheid und die Stellungnahme des Anmelders werden den übrigen Beteiligten mitgeteilt.

Bemerkung:

Satz 2 könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Artikel 97a
Stellungnahmen der Beteiligten

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
		Die Prüfungsabteilung fordert die übrigen Beteiligten auf, sich innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist zu Stellungnahmen des <u>Patentinhabers</u> zu äußern, sofern diese wesentliches neues Vorbringen enthalten oder die Prüfungsabteilung dies aus anderen Gründen für sachdienlich hält.

Stellungnahmen der Beteiligten

Vorschlag des Vorsitzenden

Die Prüfungsabteilung fordert die übrigen Beteiligten auf, sich innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist zu Stellungnahmen des Anmelders zu äußern, sofern diese wesentliches neues Vorbringen enthalten oder die Prüfungsabteilung dies aus anderen Gründen für sachdienlich hält.

Bemerkung:

Dieser Artikel könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

Artikel 93a

Beschränkung der Änderung der Ansprüche

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
		Die Patentansprüche <u>des vorläufigen europäischen Patents</u> dürfen <u>im Laufe des Prüfungsverfahrens</u> nicht in der Weise geändert werden, daß der Schutzbereich <u>des Patents</u> erweitert wird.

Vorschlag des Vorsitzenden

Die Patentansprüche der europäischen Patentanmeldung dürfen nach der Bekanntmachung der Patentansprüche nicht in der Weise geändert werden, daß der Schutzbereich erweitert wird.

Bemerkung:

Der frühere Art. 93a sah vor, daß der Anmelder den Schutzbereich der Patentansprüche nicht mehr erweitern durfte, nachdem er einmal dieses Schutzbegehren der Öffentlichkeit gegenüber durch ein Patent, wenn auch nur durch ein vorläufiges Patent, geltend gemacht hatte.

Nachdem nunmehr das vorläufige europäische Patent weggefallen ist und der Anmelder zunächst nur mit einer Patentanmeldung an die Öffentlichkeit tritt, muß die Frage, von welchem Zeitpunkt an eine Erweiterung der Patentansprüche ausgeschlossen werden muß, erneut geprüft werden. Als möglicher Zeitpunkt kommt entweder die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung oder die Bekanntmachung der Patentansprüche in Betracht. Für den ersten Zeitpunkt spräche das Interesse der Wettbewerber, die möglichst früh Klarheit über den Schutzbereich von Patenten ihrer Konkurrenz haben wollen. Für den zweiten Zeitpunkt spräche das Interesse der Erfinder und Anmelder, den ihrer Erfindung zukommenden Schutz tatsächlich zu erhalten; denn die Klarheit, was von dem Gegenstand der Anmeldung tatsächlich als Erfindung geschützt werden kann, gewinnt der Anmelder gewöhnlich erst im Prüfungsverfahren.

Dem Vorschlag des Vorsitzenden wird der zweite Zeitpunkt zugrunde gelegt. Das würde bedeuten, daß bis zur Bekanntmachung der Patentansprüche im Prüfungsverfahren eine Erweiterung der Patentansprüche zugelassen wird, selbstverständlich nur im Rahmen der ursprünglich offenbarten Beschreibung (Art. 81).

Artikel 98

Teilung des vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
(1) Das vorläufige europäische Patent wird durch Beschluß der Prüfungsabteilung geteilt,	(1) +	(1) <u>Jedes vorläufige europäische Patent, das mehrere Erfindungen enthält, wird in mehrere Patente geteilt, von denen jedes mindestens eine Erfindung enthalten muß,</u>
a) wenn der Patentinhaber dies beantragt und die Prüfungsabteilung den Antrag für sachdienlich hält;	a) +	a) wenn der <u>Patentinhaber dies beantragt und die Prüfungsabteilung die Teilung des Patents für sachdienlich hält;</u>
b) wenn das vorläufige europäische Patent mehr als eine Erfindung enthält.	b) +	b) auf Aufforderung der Prüfungsabteilung, wenn <u>das vorläufige europäische Patent nicht den Vorschriften des Artikels 69 entspricht.</u>
(2) In den in Absatz 1 vorgesehenen Fällen teilt die Prüfungsabteilung dem Patentinhaber mit, in welchem Umfang sie das vorläufige europäische Patent zu teilen beabsichtigt. Diese Mitteilung erfolgt in Anwendung der Vorschriften des Artikels 95.	(2) +	(2) - gestrichen -
(3) Der Patentinhaber ist verpflichtet, der Prüfungsabteilung die Beschreibungen und gegebenenfalls die Zeichnungen vorzulegen, die sich auf die vorläufigen europäischen Teilpatente beziehen.	(3) +	(3) - gestrichen -
(4) Für jedes durch die Teilung entstehende weitere vorläufige europäische Patent ist die in der Ge-	(4) Für jedes weitere europäische Patent, das von der Prüfungs-	(4) <u>Für jedes durch die Teilung entstehende weitere vorläufige europäische Patent ist die in der Ge-</u>

Teilung der europäischen Patentanmeldung im Prüfungsverfahren

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Nach Stellung des Antrags auf Prüfung wird eine europäische Patentanmeldung, die mehrere Erfindungen enthält, in mehrere Patentanmeldungen geteilt, von denen jede mindestens eine Erfindung enthalten muß,

a) wenn der Anmelder dies beantragt und die Prüfungsabteilung die Teilung der Patentanmeldung für sachdienlich hält;

b) auf Aufforderung der Prüfungsabteilung, wenn die europäische Patentanmeldung nicht den Vorschriften des Artikels 69 entspricht.

(2) - gestrichen -

(3) - gestrichen -

(4) Artikel 80 Absatz 3 bis 5 findet Anwendung. Erfolgt die Teilung der europäischen Patentanmeldung nach der Bekanntmachung

Bemerkung:

In Absatz 1 sollte klargestellt werden, daß im Laufe des Prüfungsverfahrens die Teilung der europäischen Patentanmeldung nur noch nach diesem Artikel erfolgen kann.

Artikel 98 Absatz 4 des Vorentwurfs von 1965 (Teilungsgebühr) entspricht Artikel 80 Absatz 5 der Vorschläge des Vorsitzenden, auf den in Artikel 98

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
bührenordnung zu diesem Abkommen vorgesehene Teilungsgebühr zu entrichten. Diese Gebühr tritt zu den in Artikel 101 vorgesehenen Gebühren.	abteilung erteilt wird, ist die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgesehene Teilungsgebühr zu entrichten. Diese Gebühr tritt zu den in Artikel 101 vorgesehenen Gebühren.	<u>bührenordnung zu diesem Abkommen vorgesehene Teilungsgebühr zu ent-</u> <u>richten.</u>

Vorschlag des Vorsitzenden

der Patentansprüche, so findet Artikel 97b
anstelle des Artikels 80 Absatz 3 Anwendung.

Absatz 4 dieser Vorschläge verwiesen worden ist. Die weiteren in Artikel 98 Abs. 4 dieser Vorschläge enthaltenen Verweisungen (Art. 80 Absätze 3 und 4 sowie Art. 97b betreffend Schutzbegehren und Zeitpunkt der Teilanmeldung) erscheinen erforderlich, weil nach Wegfall des vorläufigen europäischen Patents anstelle der Teilung des vorläufigen europäischen Patents die Teilung der europäischen Patentanmeldung im Prüfungsverfahren geregelt werden sollte. Die Verweisung auf Art. 97b soll klarstellen, daß bei einer nach Bekanntmachung der Ansprüche erfolgenden Teilung die Ansprüche der Teilanmeldungen nicht mehr aus der ursprünglichen Beschreibung heraus erweitert werden können.

Artikel 99

Ende des Verfahrens im Fall des Erlöschens des vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Erlischt das vorläufige europäische Patent, während ein Prüfungsverfahren gemäß Artikel 88 anhängig ist, so stellt die Prüfungsabteilung das Verfahren ein und benachrichtigt den Patentinhaber sowie die Beteiligten im Sinne des Artikels 96 Absatz 2. Erlischt das vorläufige europäische Patent vor dem in Artikel 94 Absatz 1 bestimmten Zeitpunkt für den Beginn der Prüfung, so wird den Antragstellern die Hälfte der Prüfungsgebühr und der Anschlußgebühren zurückgezahlt.</p>	<p>Erlischt ein europäisches Patent während des Prüfungsverfahrens für alle Länder, auf die es sich erstreckt, so stellt die Prüfungsabteilung das Verfahren ein und benachrichtigt den Patentinhaber sowie die Beteiligten im Sinne des Artikels 96 Absatz 2. Erlischt es in gleicher Weise vor dem in Artikel 94 Absatz 1 bestimmten Zeitpunkt für den Beginn der Prüfung, so wird den Antragstellern die Hälfte der Prüfungsgebühr und der Anschlußgebühren zurückgezahlt.</p>	<p>Erlischt das vorläufige europäische Patent im Laufe des Prüfungsverfahrens aus einem anderen Grund als wegen des in Artikel 23 vorgesehenen Ablaufs der Laufdauer, so stellt die Prüfungsabteilung das Verfahren ein und benachrichtigt die Beteiligten.</p>

Artikel 77
Ende des Verfahrens im Fall des Erlöschens des vorläufigen europäischen Patents

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt -

Artikel 100

Aufhebung des vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die Prüfungsabteilung spricht die Aufhebung des vorläufigen europäischen Patents aus,</p> <p>a) wenn sie, gegebenenfalls nach Anwendung der Artikel 95 bis 97 der Auffassung ist, daß das vorläufige europäische Patent und die Erfindung, die Gegenstand dieses Patents ist, sowie die veröffentlichte Beschreibung den Vorschriften dieses Abkommens ganz oder teilweise nicht genügen,</p> <p>b) wenn die Gebühren für die Bestätigung oder die Druckkosten gemäß Artikel 101 nicht rechtzeitig entrichtet werden,</p> <p>c) wenn Gegenstand des vorläufigen europäischen Patents eine Erfindung ist, für die ein und demselben Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger ein nationales Patent in einem der Vertragsstaaten rechtskräftig erteilt worden ist.</p>	<p>(1) Die Prüfungsabteilung spricht die Aufhebung des europäischen Patents aus,</p> <p>a) +</p> <p>b) +</p> <p>c) wenn Gegenstand des europäischen Patents eine Erfindung ist, für die ein und demselben Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger ein nationales Patent in einem der Vertragsstaaten, auf den sich das Patent erstreckt, rechtskräftig erteilt worden ist.</p>	<p>(1) Die Prüfungsabteilung <u>hebt</u> <u>das</u> <u>vorläufige</u> <u>europäische</u> <u>Patent</u> <u>auf</u>,</p> <p>a) wenn sie der Auffassung ist, daß die in Artikel <u>94 Absatz 2</u> vorgesehenen Erfordernisse nicht erfüllt sind,</p> <p>b) * wenn die Gebühren für die Bestätigung oder die Druckkosten gemäß Artikel 101 nicht rechtzeitig entrichtet werden,</p> <p>c) - gestrichen -</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die Prüfungsabteilung weist die europäische Patentanmeldung zurück,

Bemerkung:

a) wenn sie der Auffassung ist, daß die in Artikel 88 Absatz 1 vorgesehenen Erfordernisse nicht erfüllt sind,

b) - entfällt; s. Art. 101 Abs. 1a -

c) - entfällt -

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(2) Die Aufhebung des vorläufigen Patents darf nicht aus Gründen erfolgen, die dem Patentinhaber nicht vorher mitgeteilt worden sind.</p>	(2) +	<p>(2) * <u>Die Aufhebung des vorläufigen europäischen Patents darf nicht aus Gründen erfolgen, die dem Patentinhaber nicht vorher mitgeteilt worden sind.</u></p>
<p>(3) Die Entscheidung über die Aufhebung ist mit Gründen zu versehen. Sie ist dem Patentinhaber und den Beteiligten im Sinne des Artikels 96 Absatz 2 mitzuteilen.</p>	(3) +	<p>(3) Die Entscheidung wird den Beteiligten mitgeteilt.</p>
<p>(4) Nach Rechtskraft des Beschlusses nach Absatz 1 wird die Aufhebung des vorläufigen europäischen Patents im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht und in das europäische Patentregister eingetragen.</p>	(4) +	<p>(4) <u>Die Aufhebung des vorläufigen europäischen Patents wird nach Eintritt ihrer Rechtskraft in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.</u></p>
<p>(5) Mit der Rechtskraft der Entscheidung über die Aufhebung gelten die in Artikel 20 vorgesehenen Wirkungen des vorläufigen europäischen Patents als von Anfang an nicht eingetreten.</p>	(5) +	<p>(5) Mit Eintritt der Rechtskraft der Aufhebung gelten die in Artikel 20 vorgesehenen Wirkungen des vorläufigen europäischen Patents als von Anfang an nicht eingetreten.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(2) Die Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung darf nicht aus Gründen erfolgen, die dem Anmelder nicht vorher mitgeteilt worden sind.

(3) +

(4) Die Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung wird nach Eintritt ihrer Rechtskraft in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Absatz 4 könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

(5) - übernommen in Art. 20^{bis} Abs.3 -

Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Ist die Prüfungsabteilung, gegebenenfalls nach Anwendung der Artikel 95 bis 97, der Auffassung, daß das vorläufige europäische Patent und die Erfindung, die Gegenstand dieses Patents ist, sowie die veröffentlichte Beschreibung unter Berücksichtigung der vom Patentinhaber vorgenommenen Änderungen den Vorschriften dieses Abkommens genügen, so teilt sie dem Patentinhaber mit, daß sie das vorläufige europäische Patent ganz oder teilweise zu bestätigen beabsichtigt, und fordert ihn auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die Gebühren für die Bestätigung und für die Druckkosten gemäß der Gebührenordnung zu diesem Abkommen zu entrichten.</p> <p>(2) Sind die Gebühren für die Bestätigung und die Druckkosten entrichtet, so bestätigt die Prüfungsabteilung das vorläufige europäische Patent durch Beschluß als endgültiges europäisches Patent. Im Fall ein</p>	<p>(1) Ist die Prüfungsabteilung, gegebenenfalls nach Anwendung der Artikel 95 bis 97, der Auffassung, daß ein europäisches Patent und die Erfindung, die Gegenstand dieses Patents ist, sowie die veröffentlichte Beschreibung unter Berücksichtigung der vom Patentinhaber vorgenommenen Änderungen den Vorschriften dieses Abkommens genügen, so teilt sie dem Patentinhaber mit, daß sie endgültige Patente für die Länder zu erteilen beabsichtigt, auf die sich das europäische Patent, so wie es geändert worden ist, erstreckt, und fordert ihn auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die Gebühren für die Erteilung und für die Druckkosten gemäß der Gebührenordnung zu diesem Abkommen zu entrichten.</p> <p>(2) Sind die Gebühren für die Erteilung und die Druckkosten entrichtet, so beschließt die Prüfungsabteilung, endgültige Patente für die betreffenden Länder zu</p>	<p>(1) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, daß die in Artikel 94 Absatz 2 vorgesehenen Erfordernisse unter Berücksichtigung der vom Patentinhaber vorgenommenen Änderungen erfüllt sind, so teilt sie dem Patentinhaber mit, daß sie das vorläufige europäische Patent ganz oder teilweise zu bestätigen beabsichtigt, und fordert ihn auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die Gebühren für die Bestätigung und für die Druckkosten gemäß der Gebührenordnung zu diesem Abkommen zu entrichten.</p> <p>(2) Sind die Gebühren für die Bestätigung und die Druckkosten entrichtet, so bestätigt die Prüfungsabteilung das vorläufige europäische Patent als endgültiges europäisches Patent. Die Ent-</p>

Erteilung des europäischen Patents

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, daß die in Artikel 88 Absatz 1 vorgesehenen Erfordernisse unter Berücksichtigung der vom Anmelder vorgenommenen Änderungen erfüllt sind, so teilt sie dem Anmelder mit, daß und in welchem Umfang sie das europäische Patent zu erteilen beabsichtigt, und fordert ihn auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die Gebühren für die Erteilung und für die Druckkosten gemäß der Gebührenordnung zu diesem Abkommen zu entrichten.

(1a) Werden die Gebühren für die Erteilung und für die Druckkosten nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Bemerkung:

In Absatz 1a wird entsprechend der Bemerkung zu Art. 100 des Vorentwurfs von 1965 die Fiktion eingeführt, daß die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt, wenn die Gebühren nicht rechtzeitig entrichtet werden. Dies entspricht auch dem System des PCT-Entwurfs (vgl. Art. 14 Abs. 4). Siehe auch Art. 78 Abs. 4 dieser Vorschläge.

(2) Sind die Gebühren für die Erteilung und die Druckkosten entrichtet, so erteilt die Prüfungsabteilung das europäische Patent für die gemäß Artikel 68a benannten Vertragsstaaten. Die Entscheidung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>ner Beteiligung Dritter ist die Entscheidung zu begründen. Die Entscheidung wird dem Patentinhaber und den Beteiligten im Sinne des Artikels 96 Absatz 2 mitgeteilt.</p> <p>(3) Die Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht, sobald der Beschluß gemäß Absatz 2 rechtskräftig geworden ist.</p> <p>(4) Mit der in Absatz 3 vorgesehenen Bekanntmachung wird das vorläufige europäische Patent in ein endgültiges europäisches Patent umgewandelt.</p>	<p>erteilen. Im Fall einer Beteiligung Dritter ist die Entscheidung zu begründen. Die Entscheidung wird dem Patentinhaber und den Beteiligten im Sinne des Artikels 96 Absatz 2 mitgeteilt.</p> <p>(3) Die Erteilung endgültiger Patente wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht, sobald der Beschluß gemäß Absatz 2 rechtskräftig geworden ist.</p> <p>(4) Mit der in Absatz 3 vorgesehenen Bekanntmachung werden die europäischen Patente für die betreffenden Länder in endgültige Patente umgewandelt.</p>	<p>scheidung wird den Beteiligten mitgeteilt.</p> <p>(3) Die <u>Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent</u> wird nach Eintritt ihrer Rechtskraft in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.</p> <p>(4) * Mit der in Absatz 3 vorgesehenen Bekanntmachung wird das vorläufige europäische Patent in ein endgültiges europäisches Patent umgewandelt.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

wird den Beteiligten mitgeteilt.

(3) Die Erteilung des europäischen Patents wird nach Eintritt ihrer Rechtskraft in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Absatz 3 könnte in die Ausführungsordnung übernommen werden.

(4) - entfällt -

Artikel 102

Anhörung vor der Prüfungsabteilung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Die Prüfungsabteilung hört den Patentinhaber oder sonstige Beteiligte von Amts wegen oder auf Antrag, wenn sie dies für sachdienlich erachtet.	+	Die Prüfungsabteilung hört die Beteiligten von Amts wegen oder auf Antrag, wenn sie dies für sachdienlich erachtet.

Anhörung vor der Prüfungsabteilung

Vorschlag des Vorsitzenden

+

Artikel 103

Veröffentlichung des endgültigen europäischen Patents

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Das Europäische Patentamt gibt gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent eine gedruckte Patentschrift für das endgültige europäische Patent heraus, welche die Beschreibung der Erfindung einschließlich der Zeichnungen enthält.</p>	<p>Das Europäische Patentamt gibt gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Erteilung der endgültigen Patente eine gedruckte Patentschrift für die endgültigen Patente heraus, welche die Beschreibung der Erfindung einschließlich der Zeichnungen enthält. Diese Patentschrift bezeichnet die Länder, auf die sich die Patente erstrecken.</p>	<p>Das Europäische Patentamt gibt gleichzeitig mit der Bekanntmachung der <u>Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent</u> eine gedruckte Patentschrift für das <u>endgültige europäische Patent</u> heraus, die die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen enthält.</p>

Veröffentlichung des europäischen
Patents

Vorschlag des Vorsitzenden

Das Europäische Patentamt gibt gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Erteilung des europäischen Patents eine Patentschrift für das europäische Patent heraus, die die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen enthält. In der Patentschrift werden die Vertragsstaaten bezeichnet, für die das europäische Patent erteilt ist.

Bemerkung:

In Satz 1 wird das Wort "gedruckte" nicht aufgenommen, um die Möglichkeiten der Reproduktion nicht zu begrenzen.

Satz 2 wird in Anlehnung an den EFTA-Entwurf angefügt.

Artikel 104

Urkunde über das endgültige europäische Patent

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Sobald die Patentschrift herausgegeben worden ist, stellt das Europäische Patentamt dem Patentinhaber die Urkunde über das endgültige europäische Patent aus, der als Anlage die Patentschrift beigelegt ist.</p> <p>(2) In der Patenturkunde wird bescheinigt, daß das vorläufige europäische Patent für die in der Patentschrift beschriebene Erfindung der in der Urkunde benannten Person als endgültiges europäisches Patent bestätigt worden ist.</p>	<p>(1) Sobald die Patentschrift herausgegeben worden ist, stellt das Europäische Patentamt dem Patentinhaber eine Urkunde über die endgültigen Patente aus, denen als Anlage die Patentschrift beigelegt ist.</p> <p>(2) In der Patenturkunde wird bescheinigt, daß die Patente für die in der Patentschrift beschriebene Erfindung den in der Urkunde benannten Personen erteilt worden sind.</p>	<p>(1) * Sobald die Patentschrift herausgegeben worden ist, stellt das Europäische Patentamt dem Patentinhaber die Urkunde über das <u>endgültige europäische Patent</u> aus, <u>der als Anlage die Patentschrift beigelegt ist.</u></p> <p>(2) * In der Patenturkunde wird bescheinigt, daß das <u>vorläufige europäische Patent</u> für die in der Patentschrift beschriebene Erfindung der in der Urkunde benannten Person <u>als endgültiges europäisches Patent bestätigt</u> worden ist.</p>

Urkunde über das europäische Patent

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Sobald die Patentschrift herausgegeben worden ist, stellt das Europäische Patentamt dem Patentinhaber die Urkunde über das europäische Patent aus, der als Anlage die Patentschrift beigelegt ist.

(2) In der Patenturkunde wird bescheinigt, daß das europäische Patent für die in der Patentschrift beschriebene Erfindung der in der Urkunde benannten Person für die in der Patentschrift bezeichneten Vertragsstaaten erteilt worden ist.

KAPITEL III

BESCHWERDE

Artikel 105

Beschwerdefähige Entscheidungen

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Gegen Entscheidungen der Prüfungsstellen, Prüfungsabteilungen und Patentverwaltungsabteilungen findet die Beschwerde statt.</p> <p>(2) Eine Entscheidung, die ein Verfahren gegenüber einem Beteiligten nicht abschließt, ist selbständig nicht anfechtbar.</p> <p>(3) Eine Entscheidung über die Kosten des Verfahrens ist für sich allein nicht mit der Beschwerde anfechtbar. Gegen eine Entscheidung, deren einziger Gegenstand die Verteilung der Kosten ist, ist die Beschwerde nicht zulässig.</p> <p>(4) Eine Entscheidung über die Festsetzung des Betrags der Kosten des Verfahrens ist mit der Beschwerde nur anfechtbar, wenn der Betrag übersteigt.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p> <p>(4) +</p>	<p>(1) * Gegen Entscheidungen der Prüfungsstellen, Prüfungsabteilungen und <u>Patentverwaltungsabteilungen</u> findet die Beschwerde statt.</p> <p>(2) Eine Entscheidung, die ein Verfahren gegenüber einem Beteiligten nicht abschließt, ist nur zusammen mit der Endentscheidung anfechtbar.</p> <p>(3) Die Verteilung der Kosten des Verfahrens kann nicht einziger Gegenstand einer Beschwerde sein.</p> <p>(4) * Eine Entscheidung über die Festsetzung des Betrags der Kosten des Verfahrens ist mit der Beschwerde nur anfechtbar, wenn der Betrag übersteigt.</p>

KAPITEL III

BESCHWERDE

Artikel 105

Beschwerdefähige Entscheidungen

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Gegen Entscheidungen der Prüfungsstellen und Prüfungsabteilungen findet die Beschwerde statt.

(2) +

(3) +

(4) +

Artikel 106

Wirkung der Beschwerde

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.	+	*Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Artikel 106

Wirkung der Beschwerde

Vorschlag des Vorsitzenden

+

Artikel 107

Beschwerdeberechtigte und Verfahrensbeteiligte

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Die Beschwerde steht denjenigen zu, die an dem Verfahren teilgenommen haben, das zu der Entscheidung geführt hat, soweit sie durch die Entscheidung beschwert sind. Die übrigen an diesem Verfahren Beteiligten sind am Beschwerdeverfahren beteiligt.</p>	+	<p>Die Beschwerde steht denjenigen zu, die an dem Verfahren teilgenommen haben, das zu der Entscheidung geführt hat, soweit sie durch die Entscheidung beschwert sind. Die übrigen an diesem Verfahren Beteiligten mit Ausnahme derjenigen, die auf ihre Beteiligung an diesem Verfahren verzichtet haben, sind am Beschwerdeverfahren beteiligt.</p>

Artikel 107

Beschwerdeberechtigte und Verfahrensbeteiligte

Vorschlag des Vorsitzenden

+

Artikel 108

Frist und Form

Verantwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Verantwurf von 1965
<p>Die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Zustellung der Entscheidung schriftlich beim Europäischen Patentamt einzulegen und zu begründen. Die Beschwerde gilt erst als eingelegt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebene Beschwerdegebühr entrichtet worden ist.</p>	+	<p>Die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Zustellung der Entscheidung schriftlich beim Europäischen Patentamt einzulegen und zu begründen. Die Beschwerde gilt erst als eingelegt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebene Beschwerdegebühr entrichtet worden ist. Ein ergänzender Schriftsatz, in dem die Begründung der Beschwerde näher erläutert wird, kann innerhalb einer Frist von einem Monat nach der Einlegung der Beschwerde eingebracht werden.</p>

Artikel 108

Frist und Form

Vorschlag des Vorsitzenden

+

Artikel 109

Abhilfe

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Erachtet die Stelle, deren Entscheidung angefochten wird, die Beschwerde für zulässig und begründet, so hat sie ihr abzuhelpfen. Sie kann anordnen, daß die Beschwerdegebühr zurückgezahlt wird.</p>	(1) +	<p>(1) Erachtet die Stelle, deren Entscheidung angefochten wird, die Beschwerde für zulässig und begründet, so hat sie ihr abzuhelpfen.</p>
<p>(2) Wird der Beschwerde innerhalb von zwei Wochen nach ihrem Eingang nicht abgeholfen, so ist sie ohne sachliche Stellungnahme unmittelbar der Beschwerdekammer vorzulegen.</p>	(2) +	<p>(2) Wird der Beschwerde innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach ihrem Eingang nicht abgeholfen, so ist sie ohne sachliche Stellungnahme unverzüglich der Beschwerdekammer vorzulegen.</p>
<p>(3) Die Bestimmungen des Absatzes 1 finden im Fall der Beteiligung Dritter keine Anwendung.</p>	(3) +	<p>(3) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn Dritte am Verfahren beteiligt sind. In diesem Fall ist die Beschwerde unverzüglich nach ihrem Eingang der Beschwerdekammer vorzulegen.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

(2) +

(3) +

Artikel 110

Prüfung der Beschwerde

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Ist die Beschwerde zulässig, so erforscht die Beschwerdekammer den Sachverhalt von Amts wegen. Diese Prüfung ist weder auf das Vorbringen und die Beweisanträge der Beteiligten noch auf die Anträge beschränkt, auf die sich die Beschwerde gründet, soweit die Anträge nicht eine Änderung der europäischen Patentanmeldung oder des vorläufigen europäischen Patents durch den Patentanmelder oder den Patentinhaber enthalten.</p> <p>(2) Die Beschwerdekammer braucht neue Tatsachen und Beweismittel nicht zu berücksichtigen, die nicht in der Beschwerdebegründung oder in der Erwiderung auf die Beschwerde enthalten sind.</p> <p>(3) Die Beschwerdekammer kann von der Prüfungsstelle einen ergänzenden Bericht über die Neuheit der Erfindung verlangen.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p>	<p>(1) Ist die Beschwerde zulässig, so erforscht die Beschwerdekammer den Sachverhalt von Amts wegen; diese Prüfung ist weder auf das Vorbringen noch auf die Anträge der Beteiligten beschränkt.</p> <p>(2)*Die Beschwerdekammer braucht neue von den Beteiligten vorgebrachte Tatsachen und Beweismittel nicht zu berücksichtigen, die nicht in der Beschwerdebegründung oder in der Erwiderung auf die Beschwerde enthalten sind.</p> <p>(3) Die Beschwerdekammer kann <u>beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag</u> oder bei der Prüfungsstelle einen ergänzenden Bericht über den Stand der Technik einholen.</p>

Artikel 110

Prüfung der Beschwerde

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

(2) +

(3) +

Artikel 111
Mündliche Verhandlung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
Die Beschwerdekammer entscheidet von Amts wegen oder auf Antrag auf Grund mündlicher Verhandlung, wenn sie dies für sachlich erachtet.	+	Eine mündliche Verhandlung findet entweder von Amts wegen oder auf Antrag eines Beteiligten statt, wenn die Beschwerdekammer dies für sachdienlich erachtet.

Artikel 111

Mündliche Verhandlung

Vorschlag des Vorsitzenden

+

Artikel 112

Entscheidung über die Beschwerde

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Entspricht die Beschwerde nicht den Bestimmungen der Artikel 105, 107 und 108 oder der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen, so verwirft die Beschwerdekammer sie als unzulässig.</p>	(1) +	<p>(1) * Entspricht die Beschwerde nicht den Artikeln 105, 107 und 108 oder den Vorschriften der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen, so verwirft die Beschwerdekammer sie als unzulässig.</p>
<p>(2) Ist die Beschwerdekammer nach der in Artikel 110 Absatz 1 vorgesehenen Prüfung der Auffassung, daß der Beschwerde nicht stattgegeben werden kann, so weist sie die Beschwerde als unbegründet zurück.</p>	(2) +	<p>(2) * Ist die Beschwerdekammer nach der in Artikel 110 Absatz 1 vorgesehenen Prüfung der Auffassung, daß der Beschwerde nicht stattgegeben werden kann, so weist sie die Beschwerde als unbegründet zurück.</p>
<p>(3) Kann der Beschwerde ganz oder teilweise stattgegeben werden, so hebt die Beschwerdekammer die angefochtene Entscheidung ganz oder teilweise auf. Sie entscheidet entweder in der Sache selbst oder verweist die Sache, wenn sie dies nach dem Stand des Verfahrens für zweckmäßig hält, zur weiteren Behandlung an die Stelle zurück, die die angefochtene Entscheidung erlassen hat.</p>	(3) +	<p>(3) Kann der Beschwerde ganz oder teilweise stattgegeben werden, so hebt die Beschwerdekammer die angefochtene Entscheidung ganz oder teilweise auf. Sie kann entweder selbst <u>über die Erteilung des vorläufigen europäischen Patents entscheiden</u>, das Verfahren bis zu der in Artikel 96 Absatz 1 einschließlich vorgesehenen Mitteilung fortsetzen, über die <u>Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents</u> entscheiden oder, wenn sie dies angesichts des Stands des Verfahrens für notwendig hält, die Angelegenheit zur weiteren</p>

Artikel 112
Entscheidung über die Beschwerde

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) +

(2) +

(3) Kann der Beschwerde ganz oder teilweise stattgegeben werden, so hebt die Beschwerdekammer die angefochtene Entscheidung ganz oder teilweise auf. Sie kann entweder selbst das Verfahren bis zu der in Artikel 96 Absatz 1 einschließlich vorgesehenen Mitteilung fortsetzen, über die Erteilung des europäischen Patents entscheiden oder, wenn sie dies angesichts des Stands des Verfahrens für notwendig hält, die Angelegenheit zur weiteren Entscheidung an die Stelle zurückverweisen, die die angefochtene Entscheidung erlassen hat.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(4) Verweist die Beschwerdekammer die Sache zur weiteren Behandlung an die Stelle zurück, die die angefochtene Entscheidung erlassen hat, so hat diese ihrer weiteren Entscheidung in dieser Sache die Entscheidung der Beschwerdekammer zugrunde zu legen. Ist die angefochtene Entscheidung von der Prüfungsstelle erlassen worden, so ist die Prüfungsabteilung ebenfalls durch die Entscheidung der Beschwerdekammer gebunden.</p> <p>(5) Die Entscheidung der Beschwerdekammer ist mit Gründen zu verstehen und darf nur auf Tatsachen und Beweisergebnisse gestützt werden, zu denen die Beteiligten sich äußern konnten.</p>	<p>(4) +</p> <p>(5) +</p>	<p>Entscheidung an die Stelle zurückverweisen, die die angefochtene Entscheidung erlassen hat.</p> <p>(4) * Verweist die Beschwerdekammer die Sache zur weiteren Behandlung an die Stelle zurück, die die angefochtene Entscheidung erlassen hat, so hat diese ihrer weiteren Entscheidung in dieser Sache die Entscheidung der Beschwerdekammer zugrunde zu legen. Ist die angefochtene Entscheidung von der Prüfungsstelle erlassen worden, so ist die Prüfungsabteilung ebenfalls durch die Entscheidung der Beschwerdekammer gebunden.</p> <p>(5) Die Entscheidung der Beschwerdekammer darf nur auf Tatsachen und Beweisergebnisse gestützt werden, zu denen die Beteiligten sich äußern konnten.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(4) +

(5) +

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die Beschwerdekammer legt eine Rechtsfrage der Großen Beschwerdekammer vor, wenn die Sicherung einer einheitlichen Rechtsanwendung es erfordert oder eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden ist.

(2) Die Entscheidung der Großen Beschwerdekammer über die Rechtsfrage ist für die Entscheidung der Beschwerdekammer über die anhängige Beschwerde bindend.

Bemerkung:

Die Vorentwürfe von 1962 und 1965 sahen vor, daß die Rechtsbeschwerde zum Europäischen Patentgericht unter anderem dann zulässig sein sollte, "wenn die Sicherung einer einheitlichen Rechtsanwendung eine Entscheidung des Europäischen Patentgerichts erfordert oder eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden ist" (Art. 113 Abs. 2 Buchstabe b). Die als zusätzlicher Spruchkörper des Europäischen Patentamts neu vorgeschlagene Große Beschwerdekammer könnte, worauf bereits in der Vorbemerkung Nr. 7 hingewiesen worden ist, diesen Teil der Funktionen des Europäischen Patentgerichts übernehmen. Vgl. auch Art. 54 Buchstabe f und Art. 58a.

Die Große Beschwerdekammer sollte keine neue Instanz des Europäischen Patentamts sein. Vielmehr sollte eine Entscheidung der Großen Beschwerdekammer nur im Rahmen eines anhängigen Beschwerdeverfahrens auf Antrag der Beschwerdekammer ergehen können und die vorliegende Beschwerdekammer für die Entscheidung über die anhängige Beschwerde binden.

Rechtsbeschwerde zum Europäischen Patentgericht

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Gegen die Entscheidung der Beschwerdekammer, durch die über eine Beschwerde nach Artikel 105 entschieden wird, kann Rechtsbeschwerde zum Europäischen Patentgericht erhoben werden. Die Rechtsbeschwerde hat aufschiebende Wirkung.</p>	<p>(1) +</p>	<p>(1) * Gegen die Entscheidung der Beschwerdekammer, durch die über eine Beschwerde nach Artikel 105 entschieden wird, kann Rechtsbeschwerde zum Europäischen Patentgericht erhoben werden. Die Rechtsbeschwerde hat aufschiebende Wirkung.</p>
<p>(2) Die Rechtsbeschwerde ist zulässig</p>	<p>(2) +</p>	<p>(2) * Die Rechtsbeschwerde ist zulässig</p>
<p>a) wegen Verletzung wesentlicher Form- und Verfahrensvorschriften,</p>	<p>a) +</p>	<p>a) * wegen Verletzung wesentlicher Form- und Verfahrensvorschriften,</p>
<p>b) wegen Verletzung der Vorschriften dieses Abkommens und der Vorschriften, die zur Durchführung dieses Abkommens erlassen worden sind, soweit es sich nicht um Form- oder Verfahrensvorschriften oder um Vorschriften des nationalen Rechts handelt, wenn die Sicherung einer einheitlichen Rechtsanwendung eine Entscheidung des Europäischen Patentgerichts erfordert oder eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden ist.</p>	<p>b) +</p>	<p>b) * wegen Verletzung der Vorschriften dieses Abkommens und der Vorschriften, die zur Durchführung dieses Abkommens erlassen worden sind, soweit es sich nicht um Form- oder Verfahrensvorschriften oder um Vorschriften des nationalen Rechts handelt, wenn die Sicherung einer einheitlichen Rechtsanwendung eine Entscheidung des Europäischen Patentgerichts erfordert oder eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden ist.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

- entfällt -

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(3) Die Rechtsbeschwerde steht denjenigen zu, die an dem Verfahren teilgenommen haben, das zu der Entscheidung geführt hat, soweit sie durch die Entscheidung beschwert sind.</p> <p>(4) Die weiteren Vorschriften über die Voraussetzungen und die Wirkungen der Rechtsbeschwerde sowie über das Verfahren bleiben dem Abkommen über die Errichtung des Europäischen Patentgerichts vorbehalten.</p>	<p>(3) +</p> <p>(4) +</p>	<p>(3) * Die Rechtsbeschwerde steht denjenigen zu, die an dem Verfahren teilgenommen haben, das zu der Entscheidung geführt hat, soweit sie durch die Entscheidung beschwert sind.</p> <p>(4) * Die weiteren Vorschriften über die Voraussetzungen und die Wirkungen der Rechtsbeschwerde sowie über das Verfahren bleiben dem Abkommen über die Errichtung des Europäischen Patentgerichts vorbehalten.</p>